Nr. 13 ★ 17. Jahrgang

Berlin, 27. März 1909

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Zusammenschluß der Scharfmacher.

Wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" in ihrer neuesten Nummer mitteilt, ist zwischen den beiden großen zentralen Vereinigungen der Scharfmacher, der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" und dem „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, der sich natürlich gegen die Gewerkschaften richtet. Er hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Vertragschließenden betrachten es als ihre oberste gemeinsame Aufgabe, den Zusammenschluß der Arbeitgeber zu Arbeitgeberverbänden zu fördern. Sie haben zu diesem Behufe ihre Mitgliederlisten ausgetauscht und werden auch künftighin von Veränderungen im Mitgliederbestande des anderen Teile sofort Nachricht geben. Sie werden ferner jeden direkten Verkehr der einen Zentrale (Hauptstelle oder Verein Deutscher Arbeitgeberverbände) mit den Mitgliedern der anderen unterlassen und auf ihre Mitglieder im Sinne der fruchtbaren Lösung gemeinsamer Aufgaben hinwirken.

§ 2. Die Vertragschließenden verpflichten sich gegenseitig, darauf hinzuwirken, daß streikende oder ausgesperrte Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden. Eine Nachprüfung über die Berechtigung des Ausstandes oder der Aussperrung findet nicht statt, wenn erklärt wird, daß eine solche Prüfung ordnungsgemäß vorgenommen ist.

§ 3. Als wichtige Aufgabe betrachten die Vertragschließenden weiter die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, und zwar sowohl in den Fachverbänden als auch in den gemischten Verbänden. Die jährlichen Arbeitsnachweiskonferenzen sollen in Zukunft gemeinsam abgehalten werden.

§ 4. Die Vertragschließenden suchen des ferneren gemeinsam zu fördern: den Schutz der Arbeitswilligen sowie die Durchführung der Streikklausel.

Die Frage, ob und inwieweit ein Zusammenarbeiten der beiderseitigen Streikversicherungseinrichtungen erreichbar ist, bleibt den hierfür bestehenden besonderen Organen der Vertragschließenden zur Entschließung überlassen.

§ 5. Sofern im einzelnen Falle den von Streik, Boykott oder Aussperrung betroffenen Arbeitgebern über den Rahmen des § 2 hinaus Hilfe geleistet werden soll, bleibt die Entscheidung hierüber den beiderseitigen Organen von Fall zu Fall vorbehalten.

§ 6. Zur dauernden Aufrechterhaltung der Fühlung zwischen den beiden Zentralen wird ein ständiger Kartellausschuß eingesetzt, in welchen von jeder Seite 5 Mitglieder entsandt werden. Der Kartellausschuß ist lediglich eine beratende Stelle und tritt nach Bedarf zusammen. In folgenden Fragen soll der Kartellausschuß um Begutachtung ersucht werden:

1. wenn Hilfe über den Rahmen der im § 2 ausgesprochenen Verpflichtung hinaus in Anspruch genommen wird (§ 5);
2. wenn Meinungsverschiedenheiten auf Grund dieses Vertrages zwischen den vertragschließenden Teilen auszugleichen sind;
3. wenn gemeinsame Maßnahmen zur Wahrung der allgemeinen Arbeitgeberinteressen ergriffen werden sollen.

Die Leitung der Verhandlungen und demgemäß auch die Einberufung des Kartellausschusses liegt abwechselnd in den Händen der vertragschließenden Teile.

§ 7. Das Kartell erhebt keine Beiträge, jede Zentrale übernimmt die auf sie fallenden Ausgaben.

Berlin, den 9. März 1909.

Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände.
Der Vorsitzende: (gez.) Roetger.

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.
Der Vorsitzende: (gez.) Heckmann.

Dieser Vertrag ist nicht leicht zu unterschätzen; denn er bildet einen letzten vorbereitenden Schritt zum festen organisatorischen Zusammenschluß der Scharfmacher. Sehen wir uns die beiden Zentralorganisationen der Unternehmer, die den Vertrag abschlossen, etwas näher an.

Die „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände" wurde im Jahre 1904 von dem unter Axel Buecks Leitung stehenden „Zentralverband deutscher Industrieller" gegründet. Angeschlossen sind unter anderem der „Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie", der „Verband schlesischer Textilindustrieller", der „Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie", der „Verband süddeutscher Textilarbeitgeber", die Arbeitgeberverbände der Eisen- und Stahlindustriellen, der „Weißenfels-Zeitzer Bergwerksverein", die „Vereinigung deutscher Flaschenfabriken", der „Arbeitgeberverband Magdeburg", der „Arbeitgeberverband Oberruhr" u. a. m. Im Vertragsverhältnis zur Hauptstelle steht unter anderem der „Verband deutscher Tonindustrieller". Die Hauptstelle besitzt einen eigenen „Schutzverband gegen Streikschäden", dem sich bei seiner Gründung im Juni 1906 53 Bezirks- und Ortsvereine mit etwa 285 000 Arbeitern anschlossen. Ende 1906 waren der Hauptstelle 63 Verbände und 21 Einzelfirmen mit 967 069 Arbeitern angeschlossen.

Der „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände" wurde ebenfalls im Jahre 1904, und zwar unter starker Beteiligung des „Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller", gegründet. Von wirtschaftlichen Vereinigungen gehören ihr unter anderem an der „Verband sächsischer Industrieller", von selbständigen Arbeiterbezirksverbänden der „Westfälische Zigarrenfabrikantenverband" in Minden und der „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken". Der Verein begann im Juli 1904 seine Tätigkeit mit fünf Vereinen und 656 000 Arbeitern. Er umfaßte im März 1907 nach Keßler 300 Einzelorganisationen mit über 1 200 000 Arbeitern.

Beide Organisationen sind aus einer gewissen gegenseitigen Rivalität heraus gegründet worden. Doch waren es mehr Gegensätze persönlicher, nicht prinzipieller Art, die beide Organisationen auseinanderhielten. Der „Zentralverband deutscher Industrieller" wollte die neue Organisation zu einer Untergruppe seiner Vereinigung machen. Die kleineren Unternehmer sollten von der neuen Organisation ausgeschlossen sein. Gegen diese Vorherrschaft des „Zentralverbandes deutscher Industrieller" wandten sich entschieden der „Bund der Industriellen", der „Gesamtverband deutscher Metallindustrieller" und der „Verein der chemischen Industrie". Ehe es vom Zentralverband schließlich doch die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände" gegründet wurde, erfolgte durch die Opposition unter Führung des „Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller" einen Monat später die Gründung des „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände". Wie wenig grundsätzliche Gegensätze beide zentralen Vereinigungen trennten, beweist allein die Tatsache, daß der Vorsitzende des „Vereins", Kommerzienrat Heckmann, Mitglied des Zentralverbandes ist, sowie daß zwischen der „Hauptstelle" und dem „Verein" bereits im Spätjahr 1904 ein Kartellvertrag abgeschlossen wurde, schließlich, daß beide Organisationen in ihrem Programm in der Hauptsache übereinstimmen.

Nunmehr haben die beiden großen Zentralen der Scharfmacher in aller Form einen engeren Zusammenschluß vollzogen. Die ganze Abmachung richtet sich natürlich ausschließlich gegen die Arbeiter. Streikende oder ausgesperrte Arbeiter sollen von beiden Vereinen verfemt werden. Die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, die berüchtigten Maßregelungsbureaus, sollen gefördert werden. Dem Schutz der Arbeitswilligen will man sich in besonderem Maße widmen, und ferner will man gemeinsam die Einführung der Streikklausel fördern. Alle diese schönen Aufgaben der Scharfmacher kennen wir ja gut genug. Mit vereinten Kräften werden sie nun von den beiden großen Scharfmacherzentralen ausgeführt werden.

Da können die Arbeiter noch Wunderdinge erleben, wenn sie sich nicht beizeiten aufraffen und sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Die Scharfmacher wollen uns knebeln und treten, sie wollen uns die Vertretung unserer Interessen unmöglich machen. Vereiteln wir ihr Bestreben, indem wir uns starke Vereinigungen schaffen. An der Stärke unserer Organisation muß alle Scharfmacherranküne zunichte werden.

Gewerkschaftsstatistik und Reichsfinanzreform.

I.

b. Die zwei Worte, die wir an die Spitze dieses Artikels setzen, scheinen gar nichts miteinander gemein zu haben. Wenn man eine Preisaufgabe stellen wollte, welcher Zusammenhang zwischen diesen beiden Begriffen bestehen mag, so könnte vielleicht ein ganz bösartiger Mensch dazu kommen, die Finanzen der Gewerkschaften, ihre Ordnung, das Bemühen, sie mit den Einnahmen im Einklange zu halten, in irgend eine Beziehung zu bringen zu der wenig imponierenden Finanzwirtschaft im Deutschen Reiche. Man käme da zu dem merkwürdigen Resultate, daß die Arbeiter in ihren Organisationen viel wirtschaftlicher, viel ordentlicher, viel mehr den tatsächlichen Bedürfnissen sich anbequemend wirtschaften, als die höchste Organisation des Bürgertums, der Staat, dem doch so zahlreiche Beamte mit spezieller Vorbildung zur Verfügung stehen. Es ist aber nicht unsere Absicht, diesen Beweis zu führen, obgleich er sicher lehrreich und wichtig wäre.

Wir wollen heute auf die eigenartige Absicht des Reichsschatzamtes hinweisen, die gewerkschaftlichen Erfolge für ihre Politik auszubeuten, aus den Erfolgen der Gewerkschaften den Schluß zu ziehen, daß die Arbeiter des Deutschen Reiches, und zwar alle Arbeiter, die Organisierten wie die Nichtorganisierten, die Arbeiter in der Stadt wie auf dem Lande, die Arbeiter in der Fabrik wie in der Hausindustrie, imstande wären, die hohen indirekten Steuern nicht bloß weiter während der Krise zu tragen, sondern auch diese Steuern gewaltig erhöhen zu lassen. Es bedarf an dieser Stelle sicherlich keiner weiteren Auseinandersetzung, daß die indirekten Steuern, deren Ausbau in erster Linie in der Reichsfinanzreform bezweckt wird, die Arbeiter treffen und daß sie mit der Ungerechtigkeit der Kopfsteuer auf den Arbeitern lasten. Nun in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise, in einer Periode großer Schwierigkeiten für die Arbeiter, ihre Lohnsätze aufrecht zu erhalten, mutet man den Arbeitern zu, weitere und recht kräftige Erhöhungen ihrer Steuern auf sich zu nehmen. Man will den Arbeitern den Beweis erbringen, daß sie eigentlich gar keinen Anlaß hätten, sich hiergegen zu wehren, daß es natürlich sei, daß die Arbeiter die Geeignetsten seien, neue Steuern auf sich wälzen zu lassen. Wer die ungeheure Entwickelung des Reichtums in Deutschland kennt, der muß es als eine der empfindlichsten Herausforderungen der Arbeiter ansehen, daß man ihnen immer wieder von neuem zumutet, jede Steuervermehrung auf sich wälzen zu lassen.

Diesmal tat das Reichsschatzamt ein übriges, indem es eine Arbeit über „Die Entwickelung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches" veröffentlichen ließ. Das Reichsschatzamt veranlaßte den Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, auf Grund seines im Druck befindlichen Buches über Arbeitslohn und Arbeitszeiten in Europa und Amerika und ihm sonst zugänglichen Materialien ein Gutachten über die Entwickelung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches zu erstatten. In der Arbeit selbst wird die Reichsfinanzreform nicht erwähnt, aber aus der Steigerung der Stunden- und Tagelöhne soll der beim Auftrage beabsichtigte Schluß gezogen werden, sonst hätte das Reichsschatzamt das Manuskript nicht in der Reichsdruckerei herstellen lassen. Es soll bewiesen werden, daß die Schultern der Arbeiter tragfähig genug seien, um diese neuen Steuerlasten zu tragen, die naturgemäß dahin wirken müssen, daß die Löhne der Arbeiter in geringerem Maße als bisher zur Deckung der Bedürfnisse der Arbeiter verwendet werden können.

Gegen die Beweisführung des Reichsschatzamtes ließe sich ein dickes Buch schreiben. Man könnte nachweisen, daß aus der Steigerung der Geldlöhne kein Schluß gezogen werden kann auf die Lebenshaltung der Arbeiter, daß die allgemeine Teuerung, die durch die bisherige indirekte Steuerpolitik veranlaßt wurde, und durch die Preispolitik der Kartelle, Preiskonventionen, Detaillistenvereinigungen usw. weiter verschärft würde, die Steigerung der Geldlöhne vielfach vollständig, nicht selten mehr als vollständig ausgeglichen hat. Jedenfalls macht das Reichsschatzamt nicht einmal den Versuch, diese wohl begründete Behauptung auch nur irgendwie zu widerlegen. Wir wollen aber gar nicht auf alle diese Fragen eingehen, wir wollen lediglich an der Hand des Materiales über die Arbeiter unseres Berufes erörtern, ob man mit neuen indirekten Kopfsteuern vorgehen kann. Es liegt uns da neben dem von

Dr. Kuczynski gesammelten Materiale auch die neueste Statistik unserer Organisation vor, die vielleicht noch bei den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform im Reichstage von den Vertretern des Reichsschatzamtes mißbraucht werden wird.

Die Materialien, die Kuczynski für Berlin beibringt, zeigen für die Jahre 1897—1903 bei den niedrigsten Löhnen, auf die die indirekten Steuern natürlich am schwersten lasten, außerordentlich große Schwankungen, so z. B. werden als Stundenlöhne der Bautischler für 1898 angeführt 40½, für 1899 52, für 1900 34½, für 1901 46, für 1902 52 Pf. Bei den mittleren Stundenlöhnen der Bautischler führt er an für 1899 und die drei folgenden Jahre 57½, 53½, 60½, 57½ Pf., als höchste Löhne für das Jahr 1900 und 1903 69, aber für die Jahre 1901 und 1902 72 Pf. Eine durchaus andere Entwickelung nehmen aber die Löhne für die Möbeltischler. Die Steuergesetzgebung macht aber bei der Erhöhung der Preise für Bier, Branntwein, Zigarren usw. keinen Unterschied zwischen den Berliner Bautischlern und den Berliner Möbeltischlern, sie macht überhaupt keinen Unterschied nach Beruf, Ort, Lohnhöhe, nach Sicherheit des Verdienstes, also nach all den Momenten, die für eine gerechte Steuerpolitik ausschlaggebend sein müßten. Und doch will das Reichsschatzamt auf Grund der Gewerkschaftsstatistik, auf Grund des eigenen Nachweises der ungleichmäßigen Lohnentwickelung sogar in einem Berufe einer Stadt eine gleichmäßige Belastung aller Arbeiter herbeiführen. Diese eine kleine Tabelle, die Kuczynski über den Lohn der Tischler in einer Berliner *Bau- und Möbeltischlerei beibringt, genügt eigentlich* vollkommen zum Nachweis, daß das Reichsschatzamt mit sehr schlechtem Werkzeuge seine kunstvolle und gefährliche Arbeit auszuführen bemüht ist.

Für Hamburg wird behauptet, daß der Stundenlohn der Tischler 1907 fast 2¼mal so hoch war wie 1871. Daß die Höhe des Stundenlohnes aber durchaus nichts beweist, wenn man untersuchen will, ob die finanzielle Leistungsfähigkeit der Arbeiter genügt, weitere Steuererhebungen auf sich zu nehmen, bedarf eigentlich keiner weiteren Auseinandersetzung, der Verfasser selbst muß dieses einem Verteidiger der Steuerreform wohl imponierende Resultat gleich in der nächsten Zeile einschränken, indem er hinzufügen muß, daß der Tagelohn der Tischler im Jahre 1907 nur um vier Fünftel höher war als 1871 und 1872. Aber auch mit dem Tagelohn kann man keine Beweise führen, das wäre nur möglich, und auch da nicht ganz einwandfrei, mit dem Jahreseinkommen. Hiervon *aber ist in der ganzen Arbeit von Dr. Kuczynski kein Wort* zu finden. Es ist jedermann bekannt, daß die Jahre 1871 und 1872, von denen die für amtliche Zwecke verwendete Hamburger Lohnstatistik ausgeht, eine Periode der höchsten Blüte der Industrie, des schärfsten Mangels an menschlicher Arbeitskraft in ganz Deutschland und sicherlich nicht zuletzt in Hamburg gewesen waren, während das Jahr, in dem die Reichsfinanzreform mit aller möglichen Kunst vorbereitet wird, eine Periode sehr starker Arbeitslosigkeit ist, über die sich die Herren des Reichsschatzamts bis zu einem gewissen Grade aus dem amtlichen Reichsarbeitsblatte Aufschluß holen könnten. Wir fürchten sehr, daß das Jahreseinkommen der Tischler in Hamburg in den Jahren 1908/1909 in Geld ausgedrückt vielleicht überhaupt nicht höher ist, als in den Jahren 1871/72. Wir sind mit dem Vergleich noch nicht zu Ende! Im Jahre 1871/72 war Hamburg eine freie Hafenstadt, Hamburg war der billigste Ort im Deutschen Reiche, während damals Hamburg gar keine Zölle auf Nahrungsmittel kannte, während Hamburg die billigsten Produkte aus der ganzen Welt zollfrei einführte und seinen Einwohnern zur Verfügung hielt, ist Hamburg heute vollständig eingezogen in das deutsche Steuer- und Zollgebiet, ist Hamburg heute eine sehr teure Stadt geworden, haben sich die Mieten dort ganz außerordentlich erhöht und sind auch die Steuern durchaus andere geworden. So sieht man aus diesem einzigen Beispiele, wie die Beweisführung, die das Reichsschatzamt plant, dem kleinsten Ansturme nicht standhält, wie das Netz, in das man die Arbeiter mit ihrer eigenen Statistik fangen möchte, nicht aus festen Stricken, sondern aus Zunder gemacht ist.

Wissenschaft und Arbeiter.

n. Jüngst haben die Steuer- und Wirtschaftsreformer, eine agrarisch gesinnte Vereinigung von Leuten, die gern aus des Volkes Leder Riemen schneiden, einen Professor niedergebrüllt und ausgehöhnt, weil er es wagte, sich im Namen der Wissenschaft für die Nachlaßsteuer auszusprechen. Der Fall ist um so interessanter, als Professor Wagner, das war der also Angepöbelte, nicht nur ein im Grunde sehr konservativer Mann ist, sondern sich bisher auch in seiner Stellung zu wirtschaftspolitischen Fragen den Agrariern sehr gewogen zeigte. Aber es genügte, daß er in diesem einen Falle eine den agrarischen Interessen widersprechende Meinung äußerte, um ihn, den greisen Gelehrten, dem Hohn, der Wut und dem Gebrüll der Agrarier auszusetzen. Die Grundrente, der Profit, der Geldsack geht den Edelsten und Besten über die Wissenschaft, und ein echter Junker behandelt den Mann mit der tadellos konservativen Gesinnung nicht anders als den roten Umstürzler, wenn jener dem unveräußerlichen Junkerrecht auf unbeschränkte Volksausbeutung auch nur den leisesten Zweifel entgegensetzt.

Eine Gesellschaft von Schlotjunkern würde zweifellos unter ähnlichen Umständen einen deutschen Professor, der eine dem Kapitalsinteresse widerstrebende Meinung äußerte, nicht mit gleicher Brutalität behandeln. Der Anspruch, mit dem Besitz auch die Bildung zu vertreten, legt gewisse Rücksichten auf, und außerdem gibt man im Interesse des „Liberalismus", dem sich die Finanz- und Kapitalgewaltigen zumeist zuzählen, nicht gern den Schein auf, als ob man vor der Freiheit der Wissenschaft einen gar gewaltigen Respekt habe. Sodann liegt es im eigenen Interesse der Industrie, gewisse Zweige der Wissenschaft zu begünstigen, wir denken an die Physik, die Chemie, die Mathematik, die Länder- und Völkerkunde, weil ein beträchtlicher Teil der Industrie und des Handels ohne diese Wissenschaftszweige nicht auskommen kann. Wo aber die Wissenschaft sich aufs politische, soziale und ökonomische Gebiet begibt und hier Lehren verkündet, die dem kapitalistischen Ausbeuterinteresse zuwiderlaufen, da hat sie ebenso die Junker vom Schlot zu Gegnern wie die Junker vom Kraut, wenn diese sich in ihren Interessen bedroht fühlen — höchstens daß die Gegnerschaft auf kapitalistischer Seite sich in Formen äußert, die weniger an die Nachbarschaft vom Pferdestall und Düngerhaufen erinnern, als es der Fall ist, wenn die Agrarier ihres Herzens Drang offenbaren.

Wir wissen, daß der Kapitalismus von heute nicht weniger darauf bedacht ist, dem Volke die Bildungsgelegenheit zu beschränken, wie es die Konservativen sind; die Arbeiter wissen dem Kapitalisten heute schon zuviel, und außerdem macht Wissen begehrlich, umstürzlerisch — Grund genug, der Volksbildung nach Möglichkeit Einhalt zu tun. Und der Wissenschaft gegenüber ist der Kapitalist nur solange wohlgesinnt, als sie seinen Interessen dient oder ihnen wenigstens nicht hinderlich ist. Darüber hinaus aber versteht er keinen Spaß, und der Gelehrte, der das Vorrecht des industriellen Herrentums auf unbeschränkte Ausbeutung seiner Lohnsklaven antastet, wird nicht minder entschieden, wenn auch vielleicht unter etwas zivilisierteren Formen als Gegner behandelt wie Professor Wagner von den Agrariern. Und daß gar ein Sozialdemokrat nicht würdig ist, an einer Hochschule Wissenschaft zu lehren, und handle es sich selbst um ein allem Sozialismus so fernes Gebiet wie Physik, das versteht sich für die waschechten Vertreter von Bildung und Besitz von selber. In dieser Beziehung geben sie den Junkern an Rückständigkeit ebensowenig wie an Rücksichtslosigkeit etwas nach.

Ganz besonders schlau stellt es nun die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" an, um einerseits ihre hervorragende Achtung vor der Wissenschaft nachzuweisen, andererseits aber zu verhüten, daß die Wissenschaft dem sozialen Fortschritt zu Hilfe kommt. Das Blatt weist hin auf die Tagung der Gesellschaft für soziale Reform, die ein weitschichtiges Programm zur Fürsorge der Privatangestellten entworfen habe, weiterhin auf die Verhandlungen von Reichstag und Landtag, wo Dutzende von sozialen Gesetzentwürfen, Anträgen und Interpellationen erledigt würden. Demgegenüber verdiene Beachtung, daß sich in Berlin eine Deutsche Gesellschaft für Soziologie gebildet und ein Schweizer Professor eine Monatsschrift für Soziologie gegründet habe, beides Unternehmen, die zunächst dazu bestimmt seien, die Grundlagen dieser Wissenschaft festzustellen. „Wir stehen also — schreibt das Scharfmacherblatt — einem merkwürdigen Mißverhältnis zwischen Praxis und Theorie gegenüber. Die wissenschaftliche Theorie bekennt frank und frei, daß sie trotz einer reichen Literatur, trotz mancher dankenswerten Einzelarbeit über die Fundamente der Erkenntnis ihres Gegenstandes noch nicht ganz im klaren ist. Die praktische Sozialpolitik aber hantiert mit den Problemen des gesellschaftlichen Lebens, als wenn dieses nicht ein großes X, sondern bereits eine klar durchforschte und wenigstens in den hauptsächlichsten Teilen völlig erkannte Materie vorstellte."

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" achtet also die Wissenschaft gar hoch, sie verlangt, daß sie sich mit dem Leben paare und namentlich auch auf sozialpolitischem Gebiet fördernd eingreife, aber die Wissenschaft ist angeblich in diesen Fragen erst im Versuchsstadium, sie ist über die ersten Grundbegriffe noch nicht hinaus. Und deshalb Vorsicht, Vorsicht und nochmals Vorsicht beim Betreten des heiklen Gebietes der Sozialreform! „Ueberblickt man — so heißt es in dem Arbeitgeberorgan — den Gang der bisher ausgeübten und angestrebten Sozialreform, überschaut man diese freilich von manchen Lichtpunkten durchbrochene Kette phantastischer Uebertreibungen und verfehlter Versuche, so würde man vor einem schier unlösbaren Rätsel stehen, wenn nicht eben die Tatsache in Rücksicht gezogen wird, daß auf dem ganzen bisherigen Wege nur die roheste Empirie zum Führer gedient hat, daß aber von eindringender wissenschaftlicher Erkenntnis des Gegenstandes und der Mittel zu seiner Beherrschung nicht die Rede sein konnte. Ein Tasten war es, ein Fühlen und Versuchen, ohne Beherrschung des Stoffes, ohne Kenntnis der Möglichkeiten, die zu seiner Behandlung gegeben waren."

Welche Besorgnis des Scharfmacherblattes, daß die Wissenschaft zu ihrem Rechte kommt, daß nichts an sozialgesetzgeberischen Maßnahmen unternommen wird, ehe nicht die Wissenschaft den Grund gelegt, den Weg gewiesen und das Ziel gesteckt hat! Wo aber, so dürfen wir fragen, wäre die Menschheit, wenn sie allzeit dieser Weisung gefolgt wäre? Wo wäre der Kapitalismus, wenn er nicht eher Handelsgeschäfte gemacht hätte, ehe die Gesetze des Geldverkehrs von der Wissenschaft klipp und klar festgestellt waren, wenn er nicht eher Dampfmaschinen gebaut hätte, bis die Bewegungsgesetze der Materie feststanden, wenn er sich nicht eher in Spekulationen eingelassen hätte, ehe nicht das Wesen der Krisen ergründet war? Der Kapitalismus hat nach der Wissenschaft, soweit sein Interesse in Betracht kam, recht wenig gefragt, er hat die Erfahrungen, die Mißgriffe, die Fehlschläge nicht gescheut, er hat in der Verfolgung seiner Aufgabe: Profit zu machen, Arbeitskräfte zu sparen, das wirtschaftliche Leben umzuwälzen, die Praxis reden lassen, und er hat es bei diesem Verfahren — das wird die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" zugeben — recht weit gebracht.

Und nun diese zarte Rücksichtnahme auf die Wissenschaft, wo es sich um die Rechte und das Wohl der arbeitenden Klasse handelt! Da treibt man Sozialpolitik, da redet man im Namen der Soziologie — und dabei ist die Wissenschaft noch nicht einmal so weit, sich über diese Begriffe klar zu sein. „Bevor aber diese Grundfragen nicht einigermaßen befriedigend gelöst sind, bevor nicht einmal *Klarheit darüber geschaffen ist, welches Gebiet die Soziologie* zu bearbeiten hat, kann auch die Methode dieser Bearbeitung nicht endgültig festgestellt werden, und noch weniger kann man darauf rechnen, einwandsfreie Ergebnisse zu erhalten" — oder mit anderen Worten: so lange soll man uns nicht mit Vorschlägen kommen, die der Besserung der Lage der arbeitenden Klassen dienen und unseren Geldbeutel beeinträchtigen, denn das ist im Grunde die einzige Sorge der Herren von Kapitals Gnaden.

Gegenüber diesem heuchlerischen Geplärre von der Hoheit der Wissenschaft könnte der Arbeiter einfach sagen: „Geht mir mit Eurer Wissenschaft! Ich hungere und will mich satt essen; ich zerschinde meinen Körper in überlanger Arbeitszeit und will meines Lebens froh werden; ich verkomme mit den Meinen in Höhlen, die man Wohnung nennt, und ich fordere ein Heim, wo ich mich meiner Familie freuen kann; ich bin ausgeschlossen von allem Genuß an *Natur und Kunst, und ich will Anteil haben* an den Gütern, die ich mitgeschaffen habe. Das ist meine Wissenschaft! Und niemand könnte der Gewichtigkeit dieser Gründe etwas entgegensetzen, am allerwenigsten ein Kapitalist, die immer nur ihr Interesse, ihren Willen, ihre Macht ins Feld geführt haben!

Aber die Arbeiterklasse kann für alle Forderungen, die sie zur Besserung ihrer Lebenslage und zur Erweiterung ihrer Rechte die Wissenschaft für sich sprechen lassen, und die Wissenschaft, wofern sie nicht unter der Knute der herrschenden Klasse stände, würde unzweifelhaft auch im praktischen Kampfe auf die Seite der Arbeiter treten und damit zur Erfüllung bringen, was Lassalle, der große Vorkämpfer des Proletariats, als wirksamstes Mittel zur Durchführung einer vernünftigen Gesellschaftsordnung begrüßte: den Bund der Wissenschaft und der Arbeiter!

Noch ist die Wissenschaft nicht frei, und noch ist die Arbeit nicht frei. Wenn sie es sein werden, dann finden sie auch den Weg zu einander, und gemeinsam werden sie die Lösung der großen Aufgaben finden, an deren Bewältigung die Gegenwart noch verzweifelt.

Zur Geschäftslage in der Schiffbauindustrie.

V. (Schluß.)

Die Werften des Binnenlandes.

Die Firma Gebr. Berninghaus in Duisburg stellte im Jahre 1908 16 Fahrzeuge von zirka 4526 Brutto-Registertons fertig, während am Jahresschlusse noch 6 Fahrzeuge von 3416 Brutto-Registertons im Bau waren.

Die „Union" A.-G. in Dortmund baute im verflossenen Jahre 14 Fahrzeuge von 1370 Tons und behielt für dieses Jahr 4 Fahrzeuge von 3000 Tons im Bau.

Die Dresdener Schiffswerft Uebigau A.-G." vermochte 50 Fahrzeuge von 5478 Brutto-Registertons zur Ablieferung zu bringen, und behielt außerdem 15 Fahrzeuge von 3916 Brutto-Registertons im Bau.

Die Werft und Reederei, Caesar Wollheim in Breslau, hat 1908 23 Fahrzeuge von zirka 3729 Tons zur Ablieferung gebracht und daneben 25 Fahrzeuge von 8285 Tons in Arbeit für dieses Jahr behalten.

Die Werften an der Unterweser haben im großen und ganzen im deutschen Schiffbau die Führung. Die im Jahre 1907 in Deutschland erbauten Schiffe hatten eine Gesamttonnage von 275 000 Tons. 100 000 davon, also mehr als ein Drittel der Produktion, wurden in den sechs Werften an der Unterweser erzeugt. Die Unterelbe brachte es nur auf 33 600 Tons, die Ostküste Schleswig-Holsteins auf 76 700 Tons, Lübeck und Mecklenburg auf 29 700 Tons, Stettin auf 16 200 und Danzig auf 9400 Tons. Nachdem der Stettiner „Vulkan" in Hamburg in seinem neuerrichteten Zweigbetrieb die Tätigkeit aufgenommen hat, wird sich das Verhältnis noch weit mehr zugunsten der Nordsee verschieben. Auch im Jahre 1908 steht die Unterweser mit dem Fertigbau einer Gesamttonnage von zirka 70 000 Tons wieder an erster Stelle.

In diesem Zusammenhang dürften auch einige Mitteilungen über die Zahl der auf den einzelnen Werften beschäftigten Arbeiter von Interesse sein. Wir stützen uns hierbei auf die Erhebungen der Zentral-Werftkommission in Hamburg, die von derselben anläßlich der Vorbereitung der Werftkonferenz gemacht wurden. Bemerkt sei jedoch, daß sich diese Erhebungen nur auf jene Werften beschränken, die dem Verbande der Seeschiffswerften angehören.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Arnswalde (Wegener), Bekum (Arnsberg), Eisleben (Ochsler), Goslar (Wagner), Leer, Münchenaurach (Götz), Münster i. W. (Möllers u. Reismann, Wolters, Hedlika), Oeynhausen (Krahe), Sensburg, Stolp in Pommern (Constantin Decker), Swinemünde, Herford (Volkmann, Möbelfabrik), Jena (Grove), Wernigerode a. H., Wien, Basel, Bern, Vevey in der Schweiz, Budapest.

Korbmachern nach Berlin (Bergmann), Bernburg (Wolf), Eisleben (Busch, Wicht), Halle a. S. (Schmidt), Hamburg (Heitmann), Mühlberg a. E. (Thiere), Schönebeck a. E., Wettin bei Halle a. S.

Klaviermachern nach Zürich.

Pantinenmachern nach Treuenbrietzen (Bubel).

Vergoldern nach Burg (Wattenberg u. Co.), Ulm a. Donau (Geiß).

Kammachern nach Oberramstadt (Ph. Glückert).

Parkettlegern nach Straßburg i. Els. und der Schweiz.

Knopfmachern nach Frankenhausen a. Kyffh. (Voigt, Schneider).

Drechslern nach Gehlberg i. Thür. (Hartwig), Kötzschenbroda (Miersch).

Stellmachern und Tischlern nach Waggonfabrik Lindner in Ammendorf bei Halle a. S.

Polierer nach Leipzig (E. Escher).

Danach waren beschäftigt:

Ort	Firma	Arbeiterzahl November 1908	Arbeiterzahl bei gutem Geschäftsgang
1. Bremen	A.-G. Weser	3247	3247
2. „	Norddeutscher Lloyd	640	1440
3. Bremerhaven	Tecklenburg	790	1869
4. „	Seebeck	473	800—1000
5. „	Rickmers	256	400
6. „	Norddeutscher Lloyd	1371	2500
7. „	Frerichs	343	600—700
8. Danzig	Klawitter	242	500
9. „	Schichau	1628	1628
10. Elbing	Schichau	3193	3900
11. Emden	Nordseewerke	118	800
12. „	Kassens	76	76
13. Flensburg	Schiffswerft	1635	1903
14. Hamburg	Blohm & Voß	3809	5815
15. „	Reiherstieg	981	1400
16. „	Wichhorst	100	140
17. „	H.-A. Linie	662	1553
18. „	Brandenburg	516	516
19. „	Jansen & Schmilinsky	142	333
20. „	Stülken	323	564
21. Harburg	Holz	87	288
22. Kiel	Germaniawerft	2518	3000
23. „	Howaldt	1237	1700
24. Lübeck	Koch	268	600—700
25. „	Masch.-Fabr. A.-G.	878	878
26. Rostock	Neptun	738	1239
27. Stettin	Vulkan	6638	6638
28. „	Oderwerke	491	800—850
29. „	Nüske & Co.	229	229
30. Tönning	Eiderwerft	240	650—700
31. Vegesack	Vulkan	739	2311
	Zusammen	34608	48317—48817

Zu der vorstehenden Tabelle ist zu bemerken:

1. Bremen. Es ist nicht besonders vermerkt, wieviel Arbeiter bei guter Geschäftszeit beschäftigt werden, deshalb ist auch hierfür die jetzt vorhandene Arbeiterzahl angenommen.

2. Bremerhaven. Norddeutscher Lloyd. Außer den Arbeitern, die in vorstehender Tabelle aufgeführt sind, werden noch 530 Arbeiter beschäftigt, für welche das Organisationsverhältnis nicht ermittelt werden konnte, darum sind diese auch in die Statistik nicht aufgenommen.

5. Elbing. Schichau. Außer den angegebenen Arbeitern sind noch 200 bis 230 Lehrlinge beschäftigt.

6. Emden. Dasselbe wie bei Bremen.

8. Stettin. Vulkan. Es sind 1166 Arbeiter mehr beschäftigt als in der Statistik aufgeführt sind, für welche dasselbe wie unter Bremerhaven zutrifft. Es sind weiter noch 426 Lehrlinge auf dem „Vulkan" beschäftigt, so daß die Gesamtzahl der beschäftigten Personen 8230 beträgt.

9. Stettin. Oderwerke. Auch hier sind 113 Arbeiter mehr beschäftigt als in der Statistik angegeben, weil keine näheren Angaben für diese zu erlangen waren.

10. Stettin. Nüske u. Co. Dasselbe wie unter Bremen.

Die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie.

Auch in der Holzindustrie findet die Frauenarbeit von Jahr zu Jahr mehr Eingang. Je mehr die Industrie sich spezialisiert und modernisiert, je mehr beispielsweise die Teilarbeit in ihr Eingang findet, um so mehr ist die Möglichkeit zur Heranziehung der billigeren weiblichen Arbeitskräfte geschaffen. Und diesen Vorteil nützt der moderne Unternehmer natürlich so viel als möglich aus. Bei der Betriebs- und Gewerbezählung im Jahre 1895 wurden unter 394 293 in der Holzindustrie beschäftigten Arbeitern 20 586 Arbeiterinnen gezählt. Diese Zahl dürfte sich seitdem zumindest verdoppelt haben.

Welch große Bedeutung die Frauenarbeit für einzelne Zweige des Holzgewerbes hat, das ersehen wir aus der soeben erschienenen Berufsstatistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes aus dem Jahre 1906, betitelt „Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie". Diese Statistik erfaßt ein verhältnismäßig großes Gebiet der Holzindustrie. Während sich die Statistik des Jahres 1893 auf 4205 Betriebe mit 45 082 Personen erstreckte, die des Jahres 1897 auf 7275 Betriebe mit 94 365 Personen und die des Jahres 1902 auf 10 194 Betriebe mit 143 957 Personen, sind von der Statistik des Jahres 1906 15 168 Betriebe mit 211 450 Personen erfaßt worden. Hierunter befanden sich 10 686 Arbeiterinnen, das sind 5 Proz. Diese Ziffer ist so groß, daß aus ihr sich immerhin sichere Schlüsse auf die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie ziehen lassen.

In einigen Industrien des Holzgewerbes bildet die Frauenarbeit schon jetzt einen wichtigen Faktor. So waren nach unserer Statistik in der Bürstenmacherei 30,3 Proz. der beschäftigten Personen Arbeiterinnen, in der Korkschneiderei 25,9 Proz., in der Spielwarenbranche 23,4 Proz., in der Drechslerei 15,6 Proz., in der Vergolderei 9,9 Proz., in der Korbmacherei 6,1 Proz., in der Pantinenmacherei 5,8 Proz., in der Kistenmacherei 4,3 Proz. und in der Tischlerei 2,4 Proz. In „diversen" Berufen, worunter die Bleistiftfabriken zählen, sind sogar nicht weniger denn 34,3 Proz. der beschäftigten Personen Arbeiterinnen.

Zur besseren Uebersicht lassen wir eine Tabelle folgen, welche die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung über die Lage der Arbeiterinnen zusammenfaßt. In der Zusammenstellung ist eine größere Spezialisierung der Berufe vorgenommen worden, was den Ueberblick sicher erleichtert.

Die Erhebung ergab dieses Bild:

Beruf	Zahl der Betriebe	Zahl d. beschäftigten Arbeiterinnen	A. 100 erwachs. männl. entfall. Arbeiterinnen	Durchschnittl. Wochenverdienst: Akkord, Zahl der Personen	Akkord, Mk.	Lohn, Zahl der Personen	Lohn, Mk.	Insges., Zahl der Personen	Insges., Mk.	Durchschn. Wochenverdienst d. erwachs. männlichen Arbeiter
Tischler	121	920	1,0	324	11,24	330	9,54	654	10,38	26,11
Musikinstrument.	55	1219	8,1	652	13,51	185	9,61	837	12,65	27,54
Modelltischler	1	1	0,0	—	—	—	—	—	—	28,17
Stuhlbranche	32	299	5,4	103	13,17	8	9,00	111	12,86	19,68
Uhrgehäuse	33	513	23,9	334	9,61	148	9,64	482	9,62	20,38
Nähmaschinen	13	370	13,7	218	11,90	44	8,75	262	11,37	24,39
Photographische	3	10	0,7	10	10,29	—	—	10	10,29	27,08
Parkett	3	19	2,0	3	9,00	11	8,45	14	8,57	28,76
Harmonika	12	67	17,4	2	15,00	63	9,11	65	9,29	18,98
Holzwarenfabrik.	64	509	9,9	162	9,51	240	8,20	402	8,73	19,69
Jalousiefabriken	13	58	8,0	21	14,81	15	15,53	36	15,11	26,74
Maschinenfabriken	2	2	0,0	—	—	—	—	—	—	26,32
Waggonfabriken	1	45	0,8	42	14,20	—	—	42	14,40	27,33
Sägewerke	14	82	3,0	9	8,89	15	7,67	24	8,12	19,35
Drechsler	45	164	6,7	70	11,40	90	8,49	160	9,73	22,07
Stockbranche	37	271	17,5	35	11,29	92	9,65	127	10,10	25,71
Knopfbranche	39	623	33,9	313	9,21	276	7,90	589	8,60	18,46
Kammacher	37	370	36,0	147	11,24	131	10,53	278	10,91	21,85
Bürsten u. Pinsel	124	2202	50,2	1233	9,39	469	9,44	1702	9,41	18,59
Korbmacher	26	202	7,1	148	11,30	15	10,20	163	11,20	20,08
Korkschneider	27	202	38,5	27	11,07	131	9,82	158	10,04	18,05
Vergolder	64	417	12,4	179	13,57	174	11,52	353	12,56	25,19
Pantinenmacher	6	29	6,5	9	9,33	18	8,06	27	8,18	17,33
Kistenmacher	17	137	4,9	102	10,37	18	11,39	120	10,52	22,20
Spielwaren	20	23	32,8	5	10,80	10	8,70	15	9,40	16,79
Diverse	35	171	57,6	305	12,67	443	9,68	748	10,89	21,07
Insgesamt	842	10686	5,9	4453	11,02	2926	9,43	7379	10,39	25,16

Zur Erklärung der Tabelle sei bemerkt, daß die in ihr angegebenen Prozentzahlen nur mehr im Verhältnis zur Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter angegeben sind. Danach kommen in „diversen" Berufen schon auf 100 erwachsene männliche Arbeiter 57,6 Arbeiterinnen, bei den Bürstenmachern 50,2, bei den Korkschneidern 38,5, bei den Kammachern 36,0, bei den Knopfarbeitern 33,9 und bei den Spielwarenarbeitern 32,8 Arbeiterinnen. Diese Zahlen zeigen, daß in den genannten Berufen die gesamten Arbeitsverhältnisse durch die Frauenarbeit beeinflußt werden. Und zwar sicher nicht im günstigen Sinne. Sehr richtig wird darüber von dem Bearbeiter der Statistik gesagt: „Die Frau ist naturgemäß ein willfährigeres Ausbeutungsobjekt als der Mann; da ihr Verdienst meist nur einen Zuschuß zu dem des Mannes oder zu den elterlichen Haushaltungskosten darstellt, begnügt sie sich auch leichter mit einem niederen Lohn. Wenn auch ihre Arbeitskraft den männlichen Berufsgenossen nicht ganz zu verdrängen vermag, beherrscht sie doch bald einzelne Zweige der Produktion; diejenigen, die mehr Geschicklichkeit und Fingerfertigkeit wie körperliche Kraft beanspruchen."

In einzelnen Berufszweigen sind diese Vorbedingungen in besonders hohem Maße gegeben. So ermöglicht es beispielsweise in der Nürnberger Bleistiftindustrie eine bis ins kleinste durchgeführte Arbeitsteilung in fast allen Abteilungen, weibliche Arbeitskräfte zum Teil vorzugsweise und sogar ausschließlich zu beschäftigen. Von 1820 durch die Statistik erfaßten beschäftigten Personen waren mehr als die Hälfte Arbeiterinnen. Auf 100 erwachsene männliche Arbeitskräfte entfielen 119,4 weibliche Personen. In der Bleistiftindustrie hat der Holzarbeiterverband seit Jahren schon Eingang gefunden. Ein erheblicher Teil der in ihr beschäftigten Arbeiter sind organisiert. Und obwohl gerade hier der Verband wiederholt für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse Sorge getragen hat, müssen sich die männlichen Arbeiter doch mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 19,37 Mk., die weiblichen mit einem solchen von 11,27 Mk. begnügen.

Nicht anders liegen die Verhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie, die ebenfalls in Nürnberg einen ihrer Hauptsitze hat. Ueber die Lage dieser Arbeiterinnenkategorie haben wir bereits in dem Artikel „Die Bürsten- und Pinselindustrie" berichtet. — Auch in anderen Branchen wird der Verdienst der männlichen Arbeiter durch die Frauenarbeit ungünstig beeinflußt, so daß die Löhne unter dem Gesamtdurchschnitt bleiben.

Von besonderem Interesse ist die Feststellung, daß die große Mehrzahl der Arbeiterinnen Akkordarbeit verrichten müssen. Die Erklärung hierfür ist sehr einfach. Der größte Teil der Arbeiterinnen wird gerade von den Berufszweigen beschäftigt, in denen die Arbeitsteilung bis ins kleinste durchgeführt ist, und die in der Folge die Akkordarbeit bevorzugen. Fast durchweg ist der Verdienst im Akkord größer wie bei Zeitlohn, für die Gesamtheit der Beteiligten übertrifft er den letzteren um 1,59 Mk. wöchentlich.

Im ganzen hat sich die Lage der Arbeiterinnen in den letzten Jahren verbessert. Ihr Durchschnittsverdienst betrug

im Jahre 1897	1902	1906
8,38 Mk.	9,03 Mk.	10,39 Mk.

Prozentual ist die Lohnsteigerung um ein Geringes hinter der für die männlichen Arbeiter zurückgeblieben; für diese beträgt sie seit 1902 15,6 Proz. und seit 1897 26,2 Proz., für die Arbeiterinnen aber nur 15,1 resp. 24 Prozent. Immerhin verdienen die erzielten Verbesserungen, die nur der Organisation zu danken sind, ernste Beachtung. Sind sie doch unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen errungen worden.

Wie ungünstig im übrigen die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen noch sind, ersehen wir, wenn wir das umfangreiche Tabellenwerk der Statistik einer näheren Durchsicht unterziehen. Es betrugen die höchsten und niedrigsten Durchschnittsverdienste der Arbeiterinnen in der Tischlerei in München 19,00 Mk., Lübbenau 6,71; Musikinstrumentenbranche in Berlin 14,21, Eilenburg 7,98; Stuhlbranche in Dresden 16,42, Geringswalde 7,67; Uhrgehäusebranche in Schramberg 11,62, Freiburg i. Schl. 7,54; Nähmaschinenbranche in Berlin 17,00, Kaiserslautern 9,68; den Holzwarenfabriken in Warnemünde 11,97, Spiegelau 5,43; Sägewerken in Dachau 9,00, Selb 5,28; der Drechslerbranche in Hannover 12,50, Suhl 5,83; Stockbranche in Hamburg 12,75, Driesen 6,83; Knopfbranche in Berlin 12,27, Frankenhausen 5,98; Kammbranche in Berlin 13,98, Bensheim 7,82; bei den Bürstenmachern in Lauf 12,55, Fauer 4,31; Korbmachern in Hamburg 16,92, Corbetha 6,33; Korkschneidern in Hamburg 10,93, Bielefeld 6,60; Vergoldern in Berlin 17,14, Amberg 8,00; Kistenmachern in Bünde 15,12, Frankenberg 7,50; Spielwarenarbeitern in Saalfeld 10,60, Grünhainichen 8,25; Diversen in Bremen 12,92, Wurzbach 6,64 Mk.

Alles in allem genommen, ist es kein erfreuliches Bild, das diese Angaben über die Lage der Arbeiterinnen in der Holzindustrie entrollen. Der Organisation bleibt noch viele, viele Arbeit, will sie einigermaßen erträgliche Verhältnisse für die Arbeiterinnen schaffen. Und sie wird sich dieser Aufgabe mit dem größten Eifer widmen müssen, soll sich der schädliche Einfluß der Frauenarbeit oder richtiger gesagt der niedrigen Löhne der Arbeiterinnen auf das Gewerbe nicht noch mehr bemerkbar machen.

Soziales.

Für wen bezahlt das Volk die Lebensmittelzölle?

× Mit dem Argument — die Lebensmittelzölle kämen vorwiegend den Kleinbauern zugute, seien vorzüglich ihretwegen eingeführt, hat der Bund der Landwirte zweifellos starken Eindruck in kleinbürgerlichen Kreisen gemacht, und das Zentrum hat mit derselben Behauptung auch Massen von Industriearbeitern und Kleinbürgern dem Zolltarif von 1902 günstig gestimmt. Wem in Wirklichkeit die enorme Verteuerung der Nahrungsmittel in erster Linie zugute kommt, geht klar aus den soeben veröffentlichten Hauptergebnissen der landwirtschaftlichen Betriebszählung für Preußen von 1907 hervor. Wir lassen die wichtigsten Ergebnisse derselben, die voraussichtlich auch in der agrarischen Literatur eine große Rolle spielen werden, hier folgen: Es entfielen, Haupt- und Nebenbetriebe zusammengerechnet

Auf die Größenklasse (nach der Anbaufläche)	Betriebe überhaupt 1895	Betriebe überhaupt 1907	Zu- od. Abnahme seit 1895 in Prz.	Anbaufläche 1895 ha	Anbaufläche 1907 ha
Unter 0,05 ha	192 488	277 220	+ 46,09	5 069	6 981
0,05 bis unter 1 ha	1 456 646	1 461 492	+ 0,33	401 663	480 336
1 „ „ 2 „	398 979	362 265	— 9,20	552 982	512 669
1 „ „ 5 „	522 780	520 914	— 0,36	1 676 084	1 708 709
5 „ „ 20 „	528 729	583 160	+ 10,29	5 192 816	5 805 469
20 „ „ 100 „	188 114	175 976	— 6,45	6 846 992	6 564 561
100 „ „ 500 „	16 747	16 107	— 8,82	3 778 084	3 687 659
über 500 ha	3 643	3 010	— 17,38	2 834 385	2 218 542
Zusammen	3 308 126	3 400 144	+ 2,78	21 372 025	20 984 026

Wenn man die Zahl der Betriebe mit den auf sie entfallenden Anbauflächen vergleicht, dann ist schon sinnenfällig, daß Hunderttausende „landwirtschaftlicher Betriebe" in der Statistik erscheinen, die für die Versorgung des Marktes mit landwirtschaftlichen Produkten absolut nicht in Betracht kommen. Der offizielle Statistiker erklärt dann auch erläuternd, daß erstens 1907 die Zwergbetriebe „genauer erhoben sind wie 1895", und zweitens: ihre starke Vermehrung eine Folge der neuerdings erfolgten

Einrichtung von Laubenkolonien usw. in den zum Gebiete der Großstädte gehörigen Gemeinde- und Privatländereien sei. Wirtschaftlich hätten diese Betriebe „nicht allzuviel zu bedeuten". Die Laubenkolonien, Gartenstadtanlagen und dergleichen sind gewiß begrüßenswerte sozialhygienische Einrichtungen, aber sie auch in die landwirtschaftliche „Betriebs"-Statistik aufnehmen, ist ein Nonsens. Selbst Betriebe bis zu 5 Ar Umfang kann man unbedenklich aus der Betriebsstatistik ausscheiden, insofern es sich nur in Ausnahmefällen um Produktionsstätten für den Markt handelt. In der Spezialstatistik der Hauptbetriebe erscheint die Betriebszahl und die Anbaufläche der Kleinbetriebe von 0,50 bis 3 Hektar bedeutend verringert, aber auch die beiden höchsten Größenklassen, von 500 bis über 1000 Hektar zeigen eine Abnahme. Eine absolute Vermehrung der landwirtschaftlichen Riesenbetriebe hat nicht stattgefunden, im Gegensatz zu der industriellen Betriebsentwickelung. Zugenommen haben die Hauptbetriebe sowohl der Zahl nach wie hinsichtlich der Anbaufläche in den mittleren Größenklassen am erheblichsten. Ob freilich diese Betriebe nicht mehrfach sich in derselben Hand befinden, geht aus der Zählung nicht hervor. Der offizielle Statistiker schlußfolgert, die Bedeutung der mittelbäuerlichen Betriebe nehme zu, die der größten „aber offensichtlich ab".

Entscheidend für die vorausgestellte Frage ist jedoch, ob der landwirtschaftliche Zwerg- und Parzellenbetrieb, der 1907 über 60 Proz. der gesamten Betriebe umfaßte, tatsächlich auch nur annähernd so wie der Großbetrieb durch die Agrarzölle begünstigt wird. Darauf geben nachstehende Tabellen eine bündige Antwort. Werden die Zählungsergebnisse prozentual verglichen, dann entfallen von je 100 Betrieben auf die

Gruppen	Betriebe überhaupt		Anbaufläche der Betriebe überhaupt		Anbaufläche der Hauptbetriebe insbesondere	
	1895	1907	1895	1907	1895	1907
Zwergbetriebe unter 1/2 ha Anbaufl.	37,43	39,79	1,04	1,08	—,—	—,—
Parzellenbetriebe 1/2 bis unt. 2 ha Anbaufl.	24,48	22,00	3,87	3,69	1,47	1,19
Kleinbäuerl. Betriebe 2 bis unter 5 ha Anbaufl.	15,80	15,32	7,84	8,14	6,33	6,38
Mittelbäuerl. Betriebe 5 bis unt. 20 ha Anbaufl.	15,98	17,15	24,30	27,67	24,84	28,23
Großbäuerl. Betriebe 20 b. unt. 100 ha Anbaufl.	5,69	5,18	32,01	31,18	34,56	33,63
Großbetriebe über 100 ha Anbaufl.	0,62	0,56	30,94	28,14	32,80	30,57

Das Bild hat sich total verändert! Die letzte Zählung ergab, daß 39,79 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt keine Anbaufläche im Hauptbetriebe hatte, weitere 22 Proz. bewirtschafteten nur 1,19 Proz. der gesamten Anbaufläche; es trat sogar eine Verringerung der Anbaufläche ein. Dagegen entfielen auf die nur 5,74 Proz. von der Gesamtzahl ausmachenden, großen und größten Betriebe 64,21 Proz. der ganzen Anbaufläche! Also besitzen oder bewirtschaften nicht einmal 6 Proz. der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer weit über drei Fünftel der gesamten Anbaufläche!

Drücken wir das auch in absoluten Zahlen aus: 1907 waren 1 261 453 landwirtschaftliche Hauptbetriebe vorhanden. Davon hatten aber 18 773 allein fast ein ganzes Drittel der ganzen Anbaufläche in Bewirtschaftung; rechnen wir auch die nächsthohe Größenklasse hinzu, so kommen wir auf 190 264 Großgrundbesitzer, die allein über 64,21 Proz. verfügten! Dieser relativ winzigen Zahl von 190 000 Besitzern oder Bewirtschaftern ist das über 60 Millionen starke deutsche Volk tributpflichtig gemacht durch die Lebensmittelzölle!

Die Agrarier werden natürlich hinweisen auf die Zunahme der „kleinen und mittleren Betriebe". Diese Zunahme ist allerdings statistisch festgestellt. Aber der offizielle Statistiker selbst muß eingestehen, daß die Zwergbetriebe — sie umfaßten 1907 fast 40 Proz. der Gesamtzahl — für die landwirtschaftliche Marktproduktion bedeutungslos sind. Die preistreibende Wirkung der Zölle kommt nur für die an den Markt gebrachten Produkte in Betracht. Die kleinsten und kleinen Bauern mit einer Bewirtschaftungsfläche von je unter 2 Hektar produzieren aber wesentlich nur für den Eigenbedarf, und was sie von ihren Landeserzeugnissen an den Markt bringen, ist erstens minimal, zweitens müssen sie selbst wieder landwirtschaftliche Produkte einkaufen, denn nur die großen und größten Gutsbesitzer können die komplette Eigenproduktion durchführen. Die Zwerg- und Parzellenbetriebe machten zwar 61,79 Proz. von der gesamten Betriebszahl aus, aber zur Bewirtschaftung überhaupt standen ihnen nur 4,77 Proz. der Anbaufläche zur Verfügung! Das ist doch ein so krasses Mißverhältnis, daß sich jeder lächerlich macht, wenn er, nachdem die amtlichen Feststellungen vorliegen, noch behaupten wollte, der Kleinbauernstand sei der Nutznießer der Agrarzölle.

Auch wenn man die kleinbäuerlichen Betriebe, in der Größe bis zu 5 Hektar, hinzurechnet, wird das Bild nicht schöner. Wir kommen dann zu dem Resultat, daß **77,11 Prozent** aller landwirtschaftlichen Betriebe nur **12,91 Proz.** der Gesamtanbaufläche unter Bewirtschaftung haben! Nun treten die vornehmen Kostgänger des deutschen Volkes erst recht deutlich hervor. Ueber drei Viertel der landwirtschaftlichen Wirtschaften müssen sich mit nur knapp 13 Proz. der vorhandenen Anbaufläche behelfen, wonach sich naturgemäß auch der Zollnutzen bemißt, soweit er überhaupt für die Zwerg-, Parzellen- und kleinbäuerlichen Betriebe existiert. Hingegen bewirtschaftet die kleine Zahl der Großgrundbesitzer (es sind nur 6,74 Proz. der Gesamtbetriebe) über **64 Proz.** der ermittelten Anbaufläche!

Diese Handvoll Großagrarier und Rittergutsbesitzer bezieht den gewaltigen Löwenanteil aus der enormen Verteuerung der Volksnahrung. Eine verschwindend geringe Zahl „Edelster und Bester" schröpft die breite Volksmasse unerhört, und dieselben Großgrundbesitzer sind es wieder, die sich hartnäckig weigern, dem geschröpften Vaterlande durch Bewilligung der Nachlaßsteuer wenigstens etwas von dem durch die Zollprofite errafften Reichtum zurückzugeben. Diese gelinde Besteuerung der reichen Nachlässe hat Fürst Bülow schon vor dem agrarischen Ansturm fallen gelassen. Auf der abermaligen indirekten Belastung der durch die Lebensmittelzölle ausgewucherten proletarischen Masse besteht Fürst Bülow, der agrarische Kanzler, selbstverständlich.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908. Nach den Ermittelungen des Kaiserlich Statistischen Amts auf Grund der Bekanntmachungen der Gerichte im „Reichsanzeiger" wurden im Jahre 1908 151 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 162,5 Millionen Mark neu gegründet, gegenüber 217 Gesellschaften mit 260,7 Millionen Mark im Jahre 1907. Die Gründungstätigkeit des vergangenen Jahres ist somit erheblich schwächer gewesen als im Jahre 1907.

Von den 151 neuen Gesellschaften des Jahres 1908 wurden 72 mit 82,0 Millionen Mark Aktienkapital unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet; für die Sacheinlagen wurden hierbei 66,5 Millionen Mark in Aktien gewährt. Im Jahre 1907 war die Umwandlung bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften — wie die gesamte Gründungstätigkeit — größer; im Wege der Umwandlung waren im Vorjahre 118 Gesellschaften mit 182,8 Millionen Mark Nominalkapital gegründet.

Kapitalerhöhungen erfolgten im Jahre 1908 bei 295 Gesellschaften um 443,9 Millionen Mark, während 69 Gesellschaften Kapitalherabsetzungen in Höhe von 40,0 Millionen Mark vornahmen.

Neben den „tätigen" Gesellschaften ermittelt das Kaiserlich Statistische Amt die Gesellschaften in Liquidation und in Konkurs. Im Jahre 1908 traten in Liquidation 73 Gesellschaften mit 80,0 und gerieten in Konkurs 16 Gesellschaften mit 10,2 Millionen Mark Nominalkapital.

Streikbrecheragent und Kautionsschwindler. Ein „Bureau zur Beschaffung von Arbeitswilligen" eröffnete Anfang vorigen Jahres ein Bauunternehmer Otto Genske in Berlin. Er verpflichtete sich, besonders bei Bauarbeiterstreiks Streikbrecher zu liefern. Aber das Geschäft ging schlecht, herzlich schlecht. Er nahm im Januar nur 1 Mk., im Februar 15 Mk. ein, erst im Mai brachte er es auf 400 Mk. Auf eine Schuftigkeit mehr oder weniger kam es nun dem smarten Geschäftsmann Genske nicht an, und da er es einmal auf die Schädigung der Arbeiter abgesehen hatte, so prellte er jetzt seine Angestellten. Er schwindelte ihnen vor, sein Geschäft ginge ausgezeichnet, sicherte ihnen 130 Mk. monatliches Gehalt zu und brachte sie dadurch dahin, daß sie ihm eine Kaution stellten. Er versprach, diese auf einer Bank zu hinterlegen, tat das aber nicht. In 15 Fällen erschwindelte er so durchschnittlich je 600 Mk. Vom Landgericht Berlin I bekam er dafür 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Das Reichsgericht bestätigte das Urteil.

Zentralnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. April: Diedenhofen 5 Pf., Langenbielau 5 Pf., Delmenhorst 10 Pf., Bremerhaven 20 Pf.; ab 1. Mai: Deutsch-Lissa 5 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 13. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Demnächst wird als Broschüre erscheinen: „Tariffragen der Parkettleger. Verhandlungen der Parkettlegerkonferenz in Berlin am 25. und 26. Januar 1909." Die Broschüre wird zum Preise von 10 Pf. pro Exemplar abgegeben und bitten wir, Bestellungen baldigst an uns einzusenden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

73570 Friedrich Preuße, Knopfmacher, geb. 20. 3. 63 zu Frankenhausen.
299119 Ernst Reinecke, Knopfmacher, geb. 25. 3. 66 zu Frankenhausen.
328016 Friedrich Hammer, Tischler, geb. 30. 11. 87 zu Lüneburg.
387330 Karl Weck, Tischler, geb. 11. 2. 77 zu Oelsnitz i. V.
403792 Franz Zellmer, Tischler, geb. 17. 10. 77 zu Lodzia.
412727 Emil Kirsch, Holzarbeiter, geb. 1. 8. 87 zu Leubsdorf.
443410 Franz Bubat, Tischler, geb. 8. 5. 90 zu Uzdeggen.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Aschersleben. „Wer sich nicht fügt, der fliegt." Diesen Grundsatz scheinen sich die Modelltischlermeister bei der Aschersleben er Maschinenbau-Aktiengesellschaft anzueignen. Es ist jetzt die beste Gelegenheit dazu, denn im Zeichen der Krise werden ja die sogenannten Hungerfoltern an den Arbeitern vorgenommen. Wir wollen wünschen, daß es den Herren nicht noch selber so ergeht. Unser Bevollmächtigter, Kollege Kinne, ist nach 9½jähriger Arbeitsdauer entlassen worden. Welche Gründe sprechen für die Entlassung? Zu wenig Arbeit, sagen die Herren Meister. Nun, das möge ja zutreffen, aber warum denn einen von den Aeltesten zuerst? Weil dieser Arbeiter seinen und seiner Kollegen Standpunkt nach jeder Seite vertreten hat, und deshalb diese Maßregelung. Wir würden nicht in die Oeffentlichkeit gegangen sein mit dieser Maßregelung, wenn die Herren Meister den Entlassungsgrund nicht ganz entstellt bei der Direktion vorgetragen hätten. Wenn jemand, der die Hose noch hinten zuknöpft, so etwas angibt, so ist es zu verzeihen, aber wenn Erwachsene es tun, dann fehlt ein jeder Ausdruck dazu. Wenn das Gegenteil bei der Direktion gesagt wäre, dann wäre es richtig gewesen; denn das Gegenteil trifft voll und ganz zu. Aber einen Mann, der 9½ Jahre zu gebrauchen war, von seiten der Arbeiterschaft zum Stadtverordneten gewählt, auch die Arbeiter im Vorstand der Betriebskrankenkasse vertrat, dem wird so ein Zeugnis ausgestellt. Das ist doch ein bißchen starker Tabak. An einem kleinen Beispiel und zur Charakterisierung dieses Betriebes diene folgendes: Ein Tischler muß ein konisches Rohr machen, zirka 150 × 180 Zentimeter, 600 lang; dazu wird ein altes Rohr genommen, Leisten darauf genagelt und Pappe darum gezogen und fertig ist das konische Rohr. Die Kommentare hierzu können sich die Kollegen allein machen. Und diese Herren, die so etwas angeben, wollen dem Kollegen Kinne bei der Direktion ein Zeugnis ausstellen, daß er nicht bei seiner Arbeit tagsüber wäre. Wir bedanken uns bestens dafür. Kollegen von Aschersleben, durch dieses ist wieder einmal gezeigt, daß nur eine starke Organisation imstande ist, diesen Herren entgegenzutreten. Ihr dürft Euch nicht alles gefallen lassen. Wenn auch einige auf der Strecke bleiben, wie es jetzt der Fall ist, so doch nicht gleich verzagt, sondern fester müssen wir uns zusammenschließen. Darum, Holzarbeiter, hinein in den Holzarbeiterverband, bildet eine starke Phalanx, an der sich die Herren die Köpfe einstoßen.

Coesfeld. Ganz eigenartige Zustände scheinen seit kurzer Zeit in der Coesfelder Dampfschreinerei und Möbelfabrik (G. m. b. H.) platzzugreifen; hier wirft auch der schlechte Geschäftsgang seine eigenartige Schatten. Denn der im genannten Betriebe regierende Werkführer Klomp verlangt von den Arbeitern, daß sie nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch in den freien Zeiten ihm bedingungslos unterwerfen. Bei flottem Geschäftsgange werden von den Arbeitern Ueberstunden verlangt, kommt aber der wirtschaftliche Niedergang, so verbietet Klomp den Arbeitern ganz energisch, daß sich diese an den feiernden Tagen anderwärts ein paar Pfennige verdienen, und wer sich dieser Anordnung nicht fügt, dem soll gekündigt werden. So stand infolge Fastnacht am 22. und 23. Februar der Betrieb gänzlich still und wurde erst wieder am 24. Februar, früh 8¼ Uhr, eröffnet. Am 27. Februar war nun abends wieder angeschlagen, daß infolge stattfindender Bilanzen am 1. und 2. März der Betrieb ruht, und waren die Arbeiter somit wieder gezwungen, zu feiern. Während der Feierschicht aber ein paar Pfennige zu verdienen, wird strikte untersagt, wiewohl die Firma die 2 Tage nicht bezahlte. Der im genannten Betriebe frei organisierte Drechsler erlaubte sich nun, auf Wunsch eines Stuhlmachermeisters, bei letzterem am 1. und 2. März als Aushilfe zu arbeiten. Von irgendeiner Seite wurde dieses Verbrechen nun Kl. wieder zugetragen und darob große Entrüstung bei dem Werkführer, welcher erklärte, daß dieses nicht geduldet werde, daß seine Arbeiter anderwärts arbeiten, wenn sein Betrieb stillesteht, andernfalls müsse dem Betreffenden gekündigt werden. Auf eine Erwiderung, daß sich der Arbeiter in seiner freien Zeit nicht vorschreiben lasse, wo er arbeiten dürfe und wo nicht, erklärte Kl., dann müssen Sie sich eben anderwärts nach Arbeit umsehen. (Bemerkt sei, daß mit Ausnahme des Betreffenden sämtliche Schreiner und Maschinenarbeiter im christlichen Holzarbeiterverband sind.) Eine sofort am 8. März abends einberufene Betriebsbesprechung von seiten der Christen zeigte eine rege Debatte. Auf die naive Bemerkung aber des Kl.: In der Gewerbeordnung steht nirgends, daß Sie anderwärts arbeiten dürfen, wenn unser Betrieb steht, sei ihm noch erwidert, daß in der Gewerbeordnung dieses Arbeiten auch nicht verboten ist. Kl. mag aber noch wissen, daß auf einen wirtschaftlichen Niedergang auch wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung kommt. Bemerkt sei noch, daß bei den Christen sich auch wieder der Ausspruch bestätigt hat: bellen kannst Du genug, aber beiße ja nicht; denn ein gefaßter Beschluß ist bei den Coesfelder Christen, wie es scheint, nur eine Formensache. Wiewohl der Gekündigte nicht verlangte, daß der Arbeiterausschuß für ihn eintreten sollte, sind die Herren Christen trotz ihres Beschlusses nicht vorstellig geworden.

Fürth i. B. (Vergolder.) In der Generalversammlung der Sektion der Vergolder, Polituraربeiter und verwandter Berufe erstattete Kollege Bratenstein den Jahresbericht. Demselben lagen folgende Ausführungen zugrunde: Lohndifferenzen fanden im vergangenen Jahre nicht statt, weil für die Leistenbranche ein Tarif besteht, in welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt sind. Innerhalb der Rahmenbranche sind die Lohnverhältnisse trotz der Krise nicht verschlechtert worden, weil die Kollegen erkannt haben, daß nur durch festen Zusammenschluß das Errungene hochgehalten werden kann. Die Fürther Kollegen haben ebenfalls schwer unter der Krise zu leiden. Es wird in allen Betrieben verkürzt gearbeitet. Es ist eine Anzahl Kollegen arbeitslos, welche voraussichtlich nicht untergebracht werden können, deshalb ist es notwendig, daß sich jeder Kollege streng an die Vorschriften des Arbeitsnachweises hält. Der Vorschlag der Pasinger Kollegen betreffs Einführung eines Beiblattes wurde abgelehnt. Wenn die Sektionsleitungen mehr Situationsberichte einsenden als bisher und die

Zentralkommission besser unterstützen, wird dem Vorschlag der Pasinger Kollegen Rechnung getragen sein.

Grünberg. In einer sehr gut besuchten Holzarbeiterversammlung referierte Kollege Lozow-Breslau über das Thema: „Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter?", welches gegenwärtig in sämtlichen Orten, wo nur irgend Holzarbeiter in Frage kommen, auf der Tagesordnung steht. Die Ausführungen wurden mit Interesse gewürdigt. Mit dem dringenden Appell, unablässig die noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, schloß der Vortragende. In der darauf stattgefundenen Debatte wurden sehr nette Zustände aus der Kommerzienrat Beuchelschen Wagenfabrik geschildert. Das Schmarotzerwesen scheint hier besonders gut zu stehen. Ein Fall, welcher sich erst kürzlich abgespielt hat, wurde durch energisches Vorgehen seitens des Verleumdeten als direkt unwahr festgestellt, und die schöne Schmarotzerpflanze an den Pranger gestellt. Es handelte sich um private Angelegenheiten, indem dieser edle Zuträger einen Kollegen bei seinem Werkführer verleumdete, daß er Schulden mache und nicht bezahle. Dieserhalb sollte der Kollege entlassen werden, brachte aber den Beweis des Gegenteils und wurde darauf der Verleumder entlassen. Aber auch noch andere Mißstände wurden zur Sprache gebracht, daß sogar Wetten mit dem Werkführer gemacht werden, bei welcher derjenige, der imstande ist, drei Tage in keine Kneipe zu gehen, dafür eine Prämie von 50 Pf. erhält. So löblich es auch sein mag, die Arbeiter vom Kneipenbesuch zurückzuhalten, gehören derartige Maßnahmen doch kaum zu den Vollmachten der Vorgesetzten, wie überhaupt private Angelegenheiten diese nichts angehen dürften. Es ist kaum anzunehmen, daß derartiges im Auftrage des Herrn Chef geschehen kann, und sollten doch alle dort beschäftigten Holzarbeiter bald zu der vernünftigen Einsicht gelangen, sich dem Verbande anzuschließen, damit bessere Verhältnisse platzgreifen.

Karlsruhe. (Sektion der Maschinenarbeiter.) Wir möchten die hiesigen Kollegen einmal an ihre Pflicht erinnern. Denn es ist doch kein wünschenswerter Zustand, wenn immer nur ein kleiner Bruchteil in die Versammlungen kommt. Kollegen, die heutige Zeit ist doch wahrlich dazu angetan, auch dem letzten unter uns die Augen zu öffnen, und sollte man ohne weiteres annehmen, daß jeder Kollege sich mehr wie bisher um den Verband kümmert und regelmäßig seine Versammlung besucht und dazu beiträgt, mehr Mut in die Kollegenkreise zu tragen. Wenn man sieht, daß Kollegen sich bald fürchten, in die Versammlung zu gehen, so ist das einfach beschämend. Es liegt nur an uns selber, agitieren wir überall, wo wir hinkommen, dann werden wir auch zu dem kommen, was man in anderen Städten schon längst überstanden hat. Wir bitten die Kollegen, dies zu befolgen, dann werden auch wir eine bessere Existenz erringen, die wir gerade noch sehr notwendig haben. In der letzten Sektionsversammlung wurde auch der Artikel der Stuttgarter Kollegen besprochen betr. Aufnahme einer Statistik für die Maschinenarbeiter. Man bedauerte im allgemeinen, daß auch hier wieder der Hauptvorstand zu einem ablehnenden Standpunkt kam, um so mehr, da in den letzten Jahren ein bedeutender Fortschritt bei den Maschinenarbeitern zu verzeichnen war. Wir verkennen keineswegs die Arbeit, die hier gemacht werden soll, meinen aber, da die Forderung in bezug auf Hygiene schon weitere Kreise beschäftigt, daß der Wunsch berechtigt wäre. Man könnte da die Ursachen und Schäden einmal feststellen, die die Gesundheit und das Leben der Maschinenarbeiter so sehr beeinträchtigen. Neugierig wären wir, vom Hauptvorstand die Begründung zu seinem ablehnenden Standpunkt zu erfahren. Wir hoffen, daß der Hauptvorstand die Sache nochmals prüft, hoffentlich wird ein anderes Resultat gezeitigt.

Malchin. Unsere hiesige Zahlstelle war von seiten des Gauvorstehers, Kollegen R. Falkenberg, beauftragt, mit zwei Kollegen eine Agitation in Dargun und Stavenhagen vorzunehmen. In Dargun ist eine Bürstenhölzerfabrik, wo 56 Kollegen beschäftigt werden. Hier hatten wir uns am Sonnabendabend, als die Kollegen Feierabend hatten, unmittelbar vor der Fabrik eingefunden zwecks Verbreitung von Flugblättern und Einladungszetteln für die an dem gleichen Abend stattfindende Holzarbeiterversammlung. Wie wir da nun so standen und den Kollegen die Flugblätter verabreichten, hörten wir auf einmal von der Fabrik her rufen: „Bringen Sie mir auch mal einen Zettel her!" und abermals kam der Ruf: „Sie, Sie da hinten, Sie sollen mir auch einen Zettel geben!" Die Kollegen blieben ja stehen, trauten sich aber nicht, hinzugehen und dem Rufer einen Einladungszettel zu bringen, denn es war ihr Herr Fabrikant Kühn, der dies schrie. Wir gaben dann einem Kollegen, der an uns herankam, einen Zettel und sagten ihm: „Bringen Sie doch dem Schreihals da hinten einen Einladungszettel hin", was dann derselbe auch tat. Nun kam dieser Herr Fabrikant dabei und las am offenen Fenster: „Eine dringende Einladung: Holzarbeiterversammlung," worauf der Herr dann zu den Kollegen sagte: „Die Holzarbeiter von Malchin sind hier und halten Versammlung ab; gehen Sie auch ja hin, hören Sie nicht, Sie sollen hingehen," worauf aber keine Antwort kam. Der Fabrikant dachte ja bloß, wir sollten von der Stelle gehen; aber das war nicht unsere Meinung, denn so leicht lassen wir uns nicht verscheuchen, und haben dann so lange gestanden, bis der letzte Kollege aus der Fabrik kam und jeder einen Zettel erhalten hatte. Die Versammlung war um 8 Uhr angesetzt, aber leider waren von 56 am Orte beschäftigten Kollegen nur 12 erschienen, aber auch von diesen ließ sich nicht einer bewegen, dem Verbande beizutreten, trotzdem der Fabrikant immer erneute Lohnabzüge macht. So sagte der eine Kollege, der Bohrer ist, ihm wären Abzüge gemacht auf 100 Loch zu bohren 2 Pf., und das machten auf 15 000 Loch, die er in einer Woche bohrt, 3 Mk. Das ist schon eine nette Summe das Jahr hindurch, die doch bloß in die Tasche des Fabrikanten fließt. Das ist ja nicht bloß dieser eine Kollege, sondern allen, wie sie da sind, ist abgezogen worden. Aber der Herr weiß ja, seine Leute sind nicht organisiert, er kann es mit ihnen machen und sie müssen es sich gefallen lassen, sonst sind sie arbeitslos, und Unterstützung gibt ihnen keiner. Auch hat er sie jetzt soweit, daß sie der Guttemplerloge beigetreten sind. Denn er soll gesagt haben, wenn sie derselben nicht beitreten würden, müßten sie seine Fabrik verlassen. Es liegt ja hier ein gewisser Druck von seiten des Arbeitgebers auf den Kollegen, wogegen dieselben sich nicht wehren können. Sie könnten es wohl, wenn sie sich unserem Verbande anschließen würden. Wir könnten noch viel mehr von diesem Orte schreiben, aber wir glauben, es ist genug davon. — Am Sonntag waren wir dann in Stavenhagen. Hier liegt die Sache schon ganz anders. Von 12 am Orte Beschäftigten waren 8 Kollegen anwesend, wovon schon 5 zu unseren Reihen zählen, und nach Schluß der Tagesordnung ließen sich dann die anderen 3 Kollegen auch aufnehmen. Also war hier unser Bemühen nicht umsonst. Nun möchten wir aber noch den Kollegen von Dargun zurufen: „Schließt Euch unseren Reihen an! Nur dann könnt Ihr das erringen, was Euch ein besseres Leben bringen kann; sonst werdet Ihr noch mehr geknechtet und geknebelt wie schon vorher."

Neustädtel. In unserem Orte ist die Organisation auf ein recht niedriges Niveau angelangt. Die Kollegen, die doch früher so begeistert waren für den Verband, zeigen sich gegenwärtig recht zurückhaltend und teilnahmslos. Eine Versammlung abzuhalten, ist die Verwaltung fast gar nicht mehr in der Lage, da die Kollegen es nicht für nötig halten, zu erscheinen, um über ihre jedenfalls sehr traurigen Verhältnisse zu beraten. Wir glauben doch, daß es in der jetzigen Zeit sehr am Platze wäre, ganz energisch für die Organisation einzutreten und zu wirken, oder haben die Kollegen bei der Firma Ch. Tröger vergessen, wie man ihre besten Förderer und Kämpfer auf das Pflaster warf, darunter alte Kollegen, die 22 Jahre im Betriebe gearbeitet haben? Sollte diese Ungerechtigkeit nicht einen jeden anspornen und ihm die Augen öffnen. Kann es doch einem jeden auch so gehen, wenn er sich abgerackert hat und alt und morsch geworden ist, und man ihn auf so schändliche Weise an die Luft setzt, um sich seiner zu entledigen. Die gemaßregelten Kollegen werden deshalb nicht auf der Straße liegen bleiben und auch wieder ein Unterkommen finden. Der Verband unterstützt sie, wie er überhaupt einem jeden seiner Mitglieder schützend zur Seite steht. An die uns Fernstehenden richten wir die Mahnung, sich doch dem Verbande anzuschließen; denn der schlechte Geschäftsgang wird auf die Dauer nicht bestehen. Es müssen auch wieder bessere Zeiten kommen, die dann ausgenützt werden müssen. Es sind leere Reden, die von den Indifferenten ins Feld geführt werden, wenn sie behaupten, es nütze ja nichts und hier sei keine Einigkeit zu erzielen. Wenn in anderen Orten der Nähmaschinenmöbelindustrie Fortschritte und Vorteile durch den Verband errungen werden, warum soll das bei uns nicht möglich sein? Die Kollegen müssen sich nur mehr Charakterfestigkeit aneignen und nicht persönliche Gehässigkeiten und Zänkereien in die Versammlungen tragen. Nochmals erlassen wir die Aufforderung an die Kollegen, die Versammlungen vollzählig und regelmäßig zu besuchen; denn nur derjenige ist ein Mann, der auch in schweren Zeiten das Banner der Organisation hoch hält und sich nicht von anderen verhetzen und einschüchtern läßt.

Offenburg. Die am 6. bis 8. März in unserer Zahlstelle abgehaltenen Versammlungen, in welcher Kollege Schöneberger über das Thema: „Unser Verband zur Zeit der Krise" referierte, waren im allgemeinen gut besucht. Kollege Schöneberger ermahnte zum Schlusse seiner Ausführungen die Kollegen, fest an dem Verband zu halten und für ihn zu agitieren, bis der letzte Mann dem Holzarbeiterverband zugeführt ist. Diese Ausführungen wurden von den Kollegen mit großem Beifall aufgenommen. Werte Kollegen! In diesen Versammlungen mußte die Verwaltung wieder die Erfahrung machen, daß gerade die alten Verbandsmitglieder wieder wie gewöhnlich durch ihre Abwesenheit glänzten. Sie meinen, wenn sie nur ihre Beiträge bezahlen, da haben sie ihre Pflicht erfüllt. Kollegen, das muß anders werden! Bedenkt die Zeit, in der Ihr lebt, erscheint pünktlicher in den Versammlungen und zeigt ein bißchen mehr Interesse für den Verband, helft mit, für das allgemeine Wohl unserer Mitglieder arbeiten, und überlaßt dies nicht alles der Verwaltung, dann wird es auch besser werden. Bei der am 8. März abgehaltenen Werkstattversammlung der Firma Schmitt referierte Kollege Schöneberger über das gleiche Thema. Sämtliche anwesende Kollegen schlossen sich darauf dem Verband an. Kollegen, bleibt jetzt treue Anhänger des Verbandes, damit wir auch einmal in dieser Werkstatt ein menschenwürdiges Dasein erreichen, denn der Lohn und die Arbeitszeit, wie sie bei der Firma üblich sind, entsprechen lange nicht mehr den Verhältnissen der jetzigen Zeit. Kollegen, an Euch wird es nun liegen, durch ein festes Zusammenhalten alle die Mißstände zu bessern. Gedenkt, daß der Verband Euer treuer Begleiter ist, wenn es gilt, Arbeiterinteressen zu vertreten. Denn nur durch eine feste Organisation können wir dem Unternehmertum Trotz bieten und unsere Forderungen, die wir an dasselbe stellen, erfolgreich durchführen. Ein jeder denke an die Worte: „Noch ist es Tag, es rühre sich der Mann!"

Rosenheim. In Waging, unweit von Traunstein, arbeiteten zwei Kollegen, welche im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisiert waren. Nun ist dies nach Ansicht einer bekannten Sorte geradezu ein Verbrechen. Als solches betrachtete es in erster Linie der dort das Amt eines Seelenhirten bekleidende Koperator Käsbauer. Bei jeder Gelegenheit wurde Herrn Weiß, bei dem die beiden in Arbeit standen und welcher mit ihnen auch zufrieden war, von dem betreffenden Kirchenvertreter begreiflich gemacht, daß es doch nicht anginge, in einem so friedlichen Zentrumsorte Rote zu dulden und er direkt aufgefordert, die beiden zu entlassen und dafür zwei Gesellenvereinsbrüder, welche Herr Käsbauer schon lange auf Lager hatte, einzustellen, welchem Verlangen auch nach langem Sträuben, um endlich Ruhe zu haben, nachgegeben wurde. Terrorismus, würde man im christlichen Lager schreien, wenn wir dies täten, doch bei ihnen ist es ja ein gottgefälliges Werk, und die rote Gefahr ist beseitigt. Doch wie sich dies mit der gerade von jener Seite stets im Munde geführten christlichen Nächstenliebe vereinbart, ist uns ein Rätsel. Unsere beiden Kollegen blieben durch die christliche Nächstenliebe des Koperators Käsbauer auf der Strecke, doch wenn er glaubt, damit wäre die rote Gefahr beseitigt, irrt er gewaltig. Unbekümmert um derartige Schikanen werden wir doch Fuß fassen. Ob es nun Herrn Käsbauer recht ist oder nicht.

Schmölln. Für gut befunden haben es die Hirsch-Dunckerschen Holzarbeiter, sich über die traurige Disziplin und Interessenlosigkeit der Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in ihrem Organ, „Die Eiche", auszulassen. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge in der Waltherschen Uhrgehäusefabrik. „Der große Koloß auf tönernen Füßen," tönt es darob aus der „Eiche". Wir haben das vertragswidrige Verhalten dieser Kollegen gebührend gekennzeichnet, wie ja auch die von uns der Oeffentlichkeit übergebene Resolution bestätigt, welche das Gewerkvereinsorgan, „Die Eiche", ja auch nicht verfehlt hat, mit zu publizieren. Auch siehe Bericht über das Vorkommnis in der Nr. 12 unserer „Holzarbeiterzeitung". Aus Anlaß dieses begangenen Fehltritts der zu zwei Dritteln in diesem Betriebe unserer Organisation angehörigen Kollegen beliebt es weiterhin der „Eiche", unseren Verband nur noch als einen großen Bau mit einem morschen Gefüge zu betrachten, vor dem die Gewerkvereinler nicht zurückzuschrecken brauchten. Denn nicht die Quantität mache es, sondern die Qualität. Weiterhin wird geschrieben: Daß das Vertrauen der Uhrgehäusearbeiter zum Verband nachgelassen hat, beweisen uns die Uebertritte zu unserem Verein zu deutlich. Welchen Wert die Gewerkvereinler unserer Organisation beimessen, ist uns vollständig gleichgültig. Qualitativ schätzen wir aber unsere Mitglieder nicht geringer ein als die zum hiesigen Gewerkverein gehörigen Holzarbeiter es sind. Was das anbetrifft, daß durch die Uebertritte von Mitgliedern von uns zum Gewerkverein, deren ganze Zahl wohl vier ist, der Beweis erbracht sei, daß das Vertrauen der Uhrgehäusearbeiter zu unserem Verband nachgelassen habe, so dokumentieren wir, daß wir mit den übergegangenen Mitgliedern besondere Ehre nicht einlegen konnten und der Gewerkverein jedenfalls einen Stolz nicht daran finden wird. Zur Charakteristik eines solchen Uebergegangenen, namens Lehmann, sei hier angeführt, daß selbiger ein nur zur Beobachtung der Besserung geduldetes Mitglied bei uns war. Begehen fortgesetzter Verletzung der Verbandspflichten (Vertragsbruch infolge Arbeitens von Ueberstunden und Sonntagsarbeit und ränkevoller Zuträgerei beim Arbeitgeber, durch welche Maßregelungen seiner Mitkollegen zustande kamen) hatten Veranlassung zum Ausschluß des betreffenden L. aus der Organisation im Jahre 1907 gegeben, und nur durch ein von ihm an den Hauptvorstand eingereichtes Bittgesuch, in welchem er reumütig seine Handlungsweise bedauerte und versprach, solches nicht wieder zu tun, und ein aufrichtiges Mitglied fortan zu werden, brachten es mit sich, daß ihm nochmals verziehen und das Bleiben im Verband wieder zugelassen wurde. Seine Anerkennung für die Verzeihung kennzeichnete er dadurch, daß er im Jahre 1908 17 Wochen a 4,50 Mk. Krankenunterstützung bezog und einige Wochen darauf sich abmeldete. Bei der im Oktober 1908 stattgefundenen Vertragsabschließung ist es seinem Konto zuzuschreiben, daß einige Akkordarbeiten eine Herabminderung des Preises erfuhren. Eine solche Lohnkürzung ist auch mit einem Gewerkvereinler in dem Betriebe L. vorgenommen worden, welche man durch Zufälligkeiten erst nach Monaten erfuhr. Wir behaupten, sagen zu können, daß diejenigen, die von uns zum Gewerkverein bisher übergingen, besonders die Elemente waren, die nicht den Mut besaßen, ihre Vertragspflichen zu wahren und nur aus Feigheit von uns fortgegangen sind, um sie besser ungerügt und ungestraft umgehen zu können. Im Gewerkverein glauben sie dann eine gute Stätte zu finden. Geradezu demagogisch widert es einen an, wenn in dem Bericht der „Eiche" weiterhin gesagt wird, zwei in diesem Betriebe befindliche Gewerkvereinskollegen waren somit gezwungen, wohl oder übel mitzumachen, wollten sie ihre Arbeitsstelle nicht verlieren. Diese beiden jetzigen Hirsche, Lehmann und Schröder, waren mit die vom Herrn ins Kontor Beorderten beim Offerieren der Sonderlori, und sie waren gerade die Betreffenden, die die meiste Propaganda getrieben, daß ja die Eisenbahnwaggonladung Gehäuse 5 Proz. unter dem Vertrag zu arbeiten, keine Ablehnung seitens ihrer Mitarbeiter erfuhr. Sollte dieses Treiben dem hiesigen Gewerkverein nicht auch bekannt geworden sein? Waren diese Kollegen nicht auch verpflichtet, ihrer Organisationsleitung (dem Gewerkverein) Mitteilung von dem Ansinnen des Arbeitgebers zu machen, ehe man die zusagende Antwort denselben erteilt? Entweder erkennen sie diesen mitverschuldeten Fehltritt nicht oder es ist ihnen nur darum zu tun, mit Lüge und Phrase andere zu verleumden und zu verdächtigen und sich zu beschönigen. Anders ist das, vernunftmäßig gedacht, nicht zu beurteilen. Es wird ferner in diesem Bericht der „Eiche" geschrieben: „Nach einem Bericht der „Altenburger Volkszeitung" soll ja nun eine für den 23. Februar einberufene öffentliche Uhrgehäusearbeiterversammlung zu der Sache Stellung genommen haben. Den Gewerkvereinern wurde von dieser Versammlung nichts mitgeteilt, auch keiner dazu eingeladen, so daß ungestört in dieser öffentlichen Versammlung bei verschlossenen Türen verhandelt werden konnte." Dieses setzt dem Schwindel und der Böswilligkeit geradezu die Krone auf. Hinter verschlossenen Türen haben wir noch nie getagt; eine derartiger Unterstellung weisen wir ganz entschieden zurück. Die Versammlung ist den Uhrgehäusearbeitern durch Handzettel, welche in der Fabrik zur Verteilung gelangt sind, bekannt gegeben worden, und es nimmt wunder, daß die Herren Gewerkvereiner davon keine Kenntnis erlangt haben wollen. Bestreiten sie dieses hier, zu welcher Ausflucht greifen sie dann, wo sie zu der acht Tage später, am 2. März, stattgefundenen, endgültig über die Sachlage entscheidenden Versammlung brieflich eingeladen worden sind. In dieser Einladung wurde ganz besonders über den Ernst der Situation aufmerksam gemacht. Es wurde in derselben darauf hingewiesen, daß es höchste Zeit sei, Einkehr zu halten, wenn nicht noch die Verträge der in den anderen Betrieben beschäftigten Berufskollegen gefährdet werden sollen. Sie leisteten dieser durch die Post bestellten Einladung keine Folge und erschienen in der Versammlung nicht. In dieser Versammlung wurde von unseren Kollegen das vertragswidrige Verhalten eingesehen; sie gaben in einem an ihren Arbeitgeber gerichteten Schreiben ihre Zusage, für billigeres Geld zu

arbeiten, wieder zurück, und wurde dadurch der normale Zustand der abgeschlossenen Vertragsbedingungen wieder hergestellt. Sie als Gewerkvereinler hatten natürlich nicht das Bestreben, in der Gemeinschaft vertraglich Vereinbartes hochzuhalten, denn sonst wären sie in der Versammlung erschienen. Ihretwegen konnten bestehende Löhne zum Teufel gehen. Ihnen war das gleichgültig, ob auf Kosten geringerer Arbeitslöhne geschäftliche Spekulationen getrieben werden. Sie haben ja dann um so besseren Grund, die Schuld auf andere abzuwälzen; tun es ja trotzdem, wenn von ihnen die Verschlechterung mit getrieben wird. Wir haben nur ein Pfui Deibel! über ein solches Tun übrig.

Tilsit. Wie die Arbeitgeber sich die Krise zunutze machen, zeigt folgender Fall. Als im vorigen Jahre der Vertrag in Tilsit abgeschlossen wurde, da waren es die Herren Arbeitgeber, welche den Wunsch äußerten, daß wir nun keine Veranlassung geben sollten, um den Vertrag zu brechen. Sie erklärten mit vollster Ueberzeugung, daß sie nie dazu eine Veranlassung geben werden. Nun, von all den kleinen Schikanen, mit denen uns die Herren Arbeitgeber diesen Winter bedachten, wollen wir schweigen. Das größte Stück dürfte sich Herr Salomon als größter Arbeitgeber in der Möbelbranche von Tilsit geleistet haben. Dieser Herr war als erster dafür, daß an dem bestehenden Lohn nichts geändert werden sollte. Es verdienten in der Fabrik mehrere Gesellen 26 bis 28 Mk. die Woche. Diesen Lohn zahlte Herr Salomon nun auch immer weiter, obgleich die Gesellen nur die Arbeiten sauber zu machen hatten, also neue Arbeiten in letzter Zeit nicht mehr angefertigt wurden. Am 4. Januar fing nun Herr Salomon an, die Arbeiterzahl zu verringern. Es mußten 15 Gesellen sechs bis acht Wochen aussetzen; wie es hieß, Herr Salomon wolle ein Verkaufsgeschäft in Königsberg oder Berlin eröffnen. Als nun diese Zeit verstrichen war, ließ der Geschäftsführer wieder einige Kollegen holen, eröffnete ihnen aber, daß sie nur 19 Mk. (statt 26 oder 28 Mk.) erhalten sollten. Als die Kollegen darauf nicht eingehen wollten, wurde ihnen ganz kurz erklärt, falls sie nicht wollten, dann seien genügend Gesellen für den Mindestlohn von 18,25 Mk. vorhanden. Die Gesellen bissen in den sauren Apfel und fingen für 19 Mk. an. Es wurde ihnen noch gesagt, diesen Lohn erhalten sie nur, wenn sie polieren, sollten später wieder neue Stücke angefertigt werden, so erhalten sie ihren alten Lohn. Nachträglich sollten für den Lohn von 19 Mk. nicht nur die Möbel aufpoliert, sondern auch Ersatzstücke angefertigt werden. Auf die Anfrage des Gauvorstehers, Kollegen Sickfeld, erklärte der Geschäftsführer, er habe auf die Leute unter keinen Umständen einen Druck ausgeübt, noch liege ein Vertragsbruch vor. Er habe den Gesellen erklärt, daß er sie neu einstelle, und da bleibe es ihm doch überlassen, wie er es mache, er muß auch sehen, daß er bei dieser Zeit durchkomme. Verurteilt wird diese Mache von seiten der Arbeiter wie auch der übrigen Arbeitgeber aufs schärfste. Nach dem Vertrag können wir dem Herrn Salomon nichts anhaben; ebenso wurde es uns erklärt von seiten der Arbeitgeber, daß von der Seite dem Herrn auch nicht beizukommen ist. Aber moralisch betrachtet, ist dieses doch ein grober Schwindel; denn wenn Gesellen, die in den 10 bis 15 Jahren bei der Firma stets einen höheren Lohn verdient haben, jetzt mit 19 Mk. bewertet werden, so zeigt das nur zu deutlich, wie verschiedene Arbeitgeber die Krise für sich bis aufs äußerste auszunutzen wissen.

Werdau. Ein recht „harmonisches Einvernehmen" herrscht zwischen dem Chef und den Arbeitern der hiesigen Harmoniumfabrik von Herrn Emil Müller. Gelegentlich der Verheiratung des Chefs veranstaltete der Buchhalter der Firma, angeblich von den Kollegen angeregt, eine Sammlung, die auch nicht schlecht ausfiel. Gab doch jeder Kollege, was er konnte, 1,50, 2,00, ja 3,00 Mk.; wer nicht auf einmal zahlen wolle, könne es auf ein paarmal abgezogen erhalten, wie man sich so schön harmonisch ausdrückte. Es kamen dann auch rund 140 Mk. ein. Wenn man bedenkt, daß eine Sammlung für einen verstorbenen Kollegen ganze 13 Mk. und eine solche für die Bergarbeiter in Radbod 70 Mk. ergaben, eine ganz respektable Summe. Mit diesem schönen Einvernehmen in Widerspruch steht aber der bekannte Ausspruch des Herrn Müller: „Wem's nicht paßt, mag machen, daß er raus kommt!!" Auch die Abzüge, die von Zeit zu Zeit stattfinden, werden wohl kaum als Zeichen schöner Harmonie erachtet werden können. Das Ueberstundenwesen ist in dem Betriebe so stark, daß nun schon seit dem 1. November 12 Stunden und seit Weihnachten 11 Stunden gearbeitet wird. Und daß ohne Zahlung eines Zuschlages, wie es fast in jedem Betriebe üblich ist. Bei dieser Art Harmonie wird Herr Müller Schaden sicher nicht erleiden. Freilich tragen an diesen Zuständen auch die Arbeiter einen erheblichen Teil schuld. Ihnen möchten wir zurufen: „Laßt Euch nicht durch schön durchdachte Reden eines Unternehmers oder seines Buchhalters über die wirklichen Verhältnisse hinwegtäuschen. Folgt Eurem Inneren und schließt Euch in Eurer Organisation zusammen! Laßt alle kleinlichen Werkstattzwistigkeiten beiseite!"

Recht übermütig scheint die Leitung der Sächsischen Waggonfabrik zu werden. Das zeigen so treffend einige Vorkommnisse der letzten Zeit. So wurden zunächst einigen Kollegen der Holzbranche die bei Lohnstunden festgesetzten 35 Pf. nicht ausbezahlt, sondern ihnen wurde bekanntgegeben, sie hätten nur 28—29 Pf. Stundenlohn und könnten deshalb nur 33 und 34 Pf. bekommen, sonst würden die Kollegen mit 30 und über 30 Pf. Lohn schlecht wegkommen. Anstatt den Kollegen unter 30 Pf. zuzulegen, damit die Differenz ausgeglichen wird, oder denjenigen, die über 30 Pf. haben, auf ihren festgesetzten Lohn ebenfalls den Zuschlag zu geben, um die Differenz auszugleichen, wird den niedriger Bezahlten der Brotkorb höher gehängt. Weiter hörten vor kurzem zwei Kollegen auf, denen beim Abgange 4 bezw. 10 Mk. für verlorenes Werkzeug abgezogen wurde. Nun fehlt aber den meisten Kollegen im Betriebe Werkzeug. Wir machen sie darauf aufmerksam, daß sie für Werkzeug nicht aufzukommen haben, solange die Einrichtung nicht getroffen ist, daß jeder sein Werkzeug unter Verschluß bekommt. Wir ersuchen die Kollegen, bei wieder vorkommenden Fällen, ehe sie den Lohn in Empfang nehmen und die dazu gehörige Unterschrift leisten, sich erst an die Lokalverwaltung zu wenden; dieselbe wird dann die Sachen weiter verfolgen. In dem Betriebe wird auch über die Wascheinrichtung geklagt, da dieselbe der Größe des Betriebes nicht entspricht. Den Kollegen aber rufen wir zu: „Agitiert und organisiert, bis auch der letzte Mann im Betriebe für den Deutschen Holzarbeiterverband gewonnen ist. Auf, Kollegen! Alle Kräfte eingesetzt für unsere Organisation, den Deutschen Holzarbeiterverband!"

Wilsdruff. Hier scheinen bei der Firma H. Schmitz, dank der Wankelmütigkeit der dort beschäftigten Kollegen, recht eigentümliche Zustände Platz zu greifen. Nach der Werkstattbesprechung, die im Februar stattfand, wurden am anderen Morgen die Kollegen, welche in derselben anwesend waren, vom Werkführer Schönig aufgeschrieben und auch einige Kollegen entlassen. Unser Gauvorstand wurde deshalb bei Herrn Schmitz vorstellig. Dieser behauptete, die Kollegen wegen Arbeitsmangels entlassen zu haben; während er in einem Falle Maßregelung zugab. Herr Schmitz will daran aber kein persönliches Interesse haben, sondern die Entlassung seiner anderen Arbeiter wegen, die zwar nicht dem Deutschen Holzarbeiterverbande, dafür aber zum Teil dem Evangelischen Arbeiterverein angehören, angeordnet zu haben. Herr Schmitz hat bei dieser Unterredung weiter erklärt — und das gilt hauptsächlich für Euch, Ihr dort beschäftigten Kollegen —, daß er keinen seiner Arbeiter wegen Zugehörigkeit zum Verbande oder wegen Besuchs von Versammlungen entlassen oder sonst Schwierigkeiten machen will. Freilich wird von vielen Kollegen behauptet, daß dem Herrn Buchhalter Thomas der Deutsche Holzarbeiterverband ein Dorn im Auge ist, und der sich Mühe geben wird, Herrn Schmitz von seinen Versprechungen abzubringen. Vorläufig glauben wir aber nicht, daß ihm das gelingen wird, denn Herr Schmitz, der Reserveoffizier und auch sonst ein angesehener Mann ist und sein will, wird wohl ein gegebenes Versprechen auch halten. Euch aber, Ihr organisierten Kollegen der Firma H. Schmitz, rufen wir zu: „Haltet treu zum Verbande, besucht immer unsere Versammlungen und seid einig, denn nur durch Eure Einigkeit werdet Ihr aller Widerstände Herr werden!"

Weiter müssen wir uns einmal mit dem Betriebe der Firma A. Eckelt beschäftigen. In diesem Betriebe sind die Kollegen alle organisiert, und müßte man meinen, daß hier Mißstände oder Lohndifferenzen zu beseitigen nicht schwer sein kann; doch hier ist es nicht so einfach, denn Herr Eckelt ist ein gelernter Bäcker und hat sich wohl noch nicht soviel Fachkenntnis angeeignet wie andere Arbeitgeber, welche den Wert guter Tischler kennen und wegen einer Bagatelle es nicht gleich auf die Spitze treiben. Herr Eckelt macht das anders. Er ist „Herr im Hause". Er hat nur zu bestimmen, die Leute haben zu gehorchen; wem's nicht paßt, kann gehen. Treu zur Seite steht Herrn Eckelt der Lackierer Gründler, welcher Vorsitzender vom Evangelischen Arbeiterverein ist. Dieser Gründler gibt sich alle Mühe, Tischler, welche bei anderen Arbeitgebern in Arbeit sind, zu bewegen, bei Eckelt Arbeit zu nehmen. Selbstverständlich ist diesem von Nächstenliebe triefenden Herrn im Betriebe der größte Spielraum zu seiner Agitation gelassen. Da aber das Feld hier zu schlecht ist, kommt ihm Herr Eckelt zu Hilfe. Dieser sucht nämlich in den „Dresdener Neuesten Nachrichten" Tischler, aber unorganisierte. Da dürfte diesem christlichen Agitator der Weizen blühen. Doch auch wir werden es an der Agitation, die wir bis jetzt immer mit Erfolg betrieben haben, auch nicht fehlen lassen. An alle zureisenden Kollegen richten wir aber die Bitte, ehe sie Arbeit nehmen, sich erst beim Vertrauensmann zu erkundigen. Auskunft wird gern zu jeder Zeit erteilt.

Zirndorf. Der Schreinermeister Josef Georg Schuhmann hat wieder einmal das Bedürfnis, sich an den organisierten Schreinern zu reiben. Vergangene Woche suchte Sch. in der „Nordbayerischen Zeitung" einige Schreiner. Da nun Schuhmann wirklich Schreiner braucht, entzieht sich unserer Kenntnis. Fest steht aber, daß Sch. Vorsprechende nach der Zugehörigkeit zum Verbande befragte, und als dies bejaht wurde, denselben erklärte: dann kann ich Sie nicht einstellen, da ich sonst 50 M. Strafe zahlen müßte. Den anderen Schreinermeistern ist von einer solchen Abmachung nichts bekannt und bezeichneten dieselben es, auf unsere Anfrage, lediglich als Sprüche des Herrn Schuhmann. Sch. will also wieder einmal den kleinen Gernegroß oder Scharfmacher spielen. Nur schade, daß seine Bäume noch niemals bis an den Himmel gewachsen sind und auch diesmal nicht allzuhoch wachsen werden. Wir erinnern uns noch eines Vorkommnisses aus früheren Jahren, wo Sch. sich auch an den Schreinern reiben wollte, uns aber später freundlichst ersuchte, die Sperre, die wir über seine Werkstätte verhängt hatten, wieder aufzuheben, da es ihm unmöglich sei, Gesellen zu erhalten. Damals operierte Sch. nicht mit 50 Mk. Strafe, er machte es sich billiger, indem er vorsprechende Schreiner einfach der Gendarmerie auszuliefern versuchte. Sch. ist wohl der Meinung, da er gegenwärtig zwei Unorganisierte beschäftigt, daß es in der Krisenzeit noch viel mehr solche gibt. Oder hat Sch. die Wahrnehmung gemacht, daß Unorganisierte billiger und länger arbeiten als Organisierte? Hoffentlich gehen den zwei Unorganisierten die Augen auf durch das Vorgehen ihres Meisters, und sehen dieselben doch die Notwendigkeit der Organisation ein, auch am hiesigen Orte. Es ist ja billig, anderen den Kampf und das Zahlen der Beiträge zu überlassen und sich lediglich mit den Errungenschaften anderer zufrieden zu geben, aber schön ist es nicht. Wir ersuchen unsere Kollegen, bei J. Gg. Schuhmann (Mühlstraße) nicht um Arbeit nachzufragen, damit ihnen keine Unannehmlichkeiten zustoßen.

Kollege Gustav Schröder, Korbmacher in Elbing, ersucht uns um die Feststellung, daß er mit dem in Nr. 11 in einer Notiz aus Halle a. S. gekennzeichneten Streikbrecher Gustav Schröder nicht identisch ist.

Unsere Lohnbewegung.

In Leipzig sind in der Stuhlpolitur von E. Escher in Leipzig-Plagwitz, Weißenfelser Straße, die dort beschäftigten sechs Polierer ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, einen um 2—10 Proz. reduzierten Akkordtarif anzuerkennen. Der Unternehmer versucht nunmehr, weibliche Arbeitskräfte mit einem Stundenlohn bis zu 17 Pf. einzustellen. Weiter ist er bestrebt, aus den Orten der Stuhlbranche wenigstens einige Polierer heranzuholen und auch fertige Ware zu beziehen. Die Kollegen mögen uns von ihren Wahrnehmungen in Kenntnis setzen und jedes Arbeitsangebot nach dieser Firma ablehnen.

— In der Modellfabrik von Scholz u. Cyr in Leipzig-Lindenau, Josephstraße, haben 24 Modelltischler die Arbeit niedergelegt. Die Firma versucht, durch willkürliche Einstellungen die Arbeitsnachweisbestimmungen illusorisch zu machen. Die Kollegen allerorts mögen dies beachten.

In Sensburg in Ostpreußen dauert die Aussperrung der Tischlergesellen unverändert fort. Die Meister geben sich alle erdenkliche Mühe, wobei sie die Tatsachen über die Ursachen der Differenzen geradezu auf den Kopf stellen, Arbeitskräfte von auswärts zu erhalten. In einigen Fällen ist es den Herren auch gelungen, Gesellen zu erhalten, die aber nach einigen Tagen wieder davongelaufen sind. Wir ersuchen um strenge Fernhaltung des Zuzuges, da uns sonst der Kampf bedeutend erschwert wird.

In Straßburg haben die ausgesperrten Parkettleger am 15. März die Arbeit wieder aufgenommen. Ausgesperrt waren 20 verheiratete und 2 ledige Kollegen. Der Tarif war am 1. Februar abgelaufen. Zur jetzigen Zeit der Krise der allerungünstigste Termin, den man sich nur denken konnte. Schon im Dezember kamen die Unternehmer mit ihren Forderungen an den Verband. Sie wollten an dem über 30 Punkte enthaltenden Tarif bei 24 Punkten Lohnabzüge vornehmen. Das war den organisierten Parkettlegern denn doch zu viel, und sämtliche Kollegen verweigerten die Unterschrift des neuen Tarifs. Nun versuchte man die Kollegen zum Streikbruch zu gewinnen, doch ohne Erfolg. Man annoncierte in auswärtigen Zeitungen und hatte den Erfolg, daß von Köln, Düsseldorf und Mannheim Offerten einliefen. Diese traurigen Kerle hatten sämtlich den Mut, zu erklären, daß sie nicht Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sind. Einer gab zu, ein Jahr dem Verband angehört zu haben, aber jetzt sei er nicht mehr organisiert. Wieder ein anderer schrieb: Da ich die dortigen Preise nicht kenne, so bitte ich mir mitzuteilen, welche Preise sie zahlen wollen, ich bin dann bereit, zu diesen Preisen zu arbeiten. Doch man traut diesen Gesellen nicht mehr, man ist zu oft hineingelegt worden. Als nun alles nichts nutzte, schlossen sich die beiden Fabriken dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an. Dieser beantragte auch sofort eine Verhandlung und nach langem Hin und Her wurden von seiten der Unternehmer die Forderungen von 24 Punkten auf 8 reduziert. Die Parkettleger teilten nun den Unternehmern folgendes mit: Wir sind entschlossen, nur unter folgenden Bedingungen die Arbeit aufzunehmen: 1. Asphaltparkettlegen statt 85 Pf. pro Quadratmeter 80 Pf. 2. Pitschpine- und Tannenböden 5 Pf. pro Meter billiger als bisher. Nach auswärts wird die Fahrzeit nicht mehr zum auswärtigen Stundenlohn vergütet, sondern zum Lohn am Ort. Der Tarif, der am 1. Februar abgelaufen war, wird auf zwei Jahre abgeschlossen und zwar bis zum 1. März 1911. Im übrigen bleibt der Tarif unverändert. Dieses nahmen die Unternehmer an und hoben die Aussperrung auf. Mögen die Parkettleger und sämtliche Holzarbeiter aus diesem Kampf die Lehre ziehen, daß nur eine gute Organisation imstande ist, auch mitten in der stärksten Krise Lohnverschlechterungen abzuwehren. Denn hätte nicht der Deutsche Holzarbeiterverband vor den Kollegen als Bollwerk gestanden, so hätten sie jetzt entweder gar keinen Tarif, oder aber Lohnverhältnisse, die jeder Beschreibung spotteten. Hartnäckig haben die Unternehmer gekämpft. An einzelnen Positionen wollten sie 25—30 Pf. pro Quadratmeter abziehen, an Tannen- oder Pitschpineboden 20 Pf. pro Meter. In den Vororten von Straßburg die 5 Pf. Zuschlag pro Meter usw. Aus allem diesem wurde nichts, weil eben der Verband mit seiner Erziehung zur Solidarität und seinen Mitteln zur kräftigen Abwehr hinter uns stand. Deshalb, Kollegen! Seid einig im Kampfe ums Dasein und haltet treu zur Organisation, dann kann der Erfolg nie ausbleiben.

Aus der Holzindustrie.

Der österreichische Holzarbeiterverband im Jahre 1908.

Unser österreichischer Bruderverband veröffentlicht in der letzten Nummer des „Holzarbeiters" seinen Rechenschaftsbericht für 1908. Der Verband hat unter der Krisis sehr zu leiden gehabt. Immerhin konnte er seine Mitgliederzahl noch von 31 249 auf 31 818, also um 569, steigern.

Es wurden 115 Lohnbewegungen geführt gegen 166 im Vorjahre. Davon waren in Wien 37, in der Provinz 78. Beteiligt an diesen Bewegungen waren 5200 Arbeiter und Arbeiterinnen von 714 Betrieben. Angriffsbewegungen waren 97. In Abwehr standen unsere Genossen in 14 Fällen und ausgesperrt wurden die Mitglieder in 4 Fällen. Der im Berichtsjahre eingetretene flaue Geschäftsgang hat es leider nicht ermöglicht, in dem erwünschten Maße eine Verbesserung durchzuführen, ja es wurden unsere Kollegen sehr oft in die Abwehr gedrängt oder glaubten die Unternehmer, die Arbeiter durch eine Aussperrung kirre zu machen. Der Erfolg der Bewegungen ist in diesem Jahre leider hinter den Berichten anderer Jahre zurückgeblieben. Von Erfolg waren 90 Bewegungen, einen teilweisen hatten 4 und ohne Erfolg verliefen 20 Bewegungen. Die Ausgaben für die Lohnbewegungen beliefen sich auf 127 259,02 Kronen, wozu der zentrale Schutzfonds 57 576,15 Kronen beitrug, während die Lokalfonds den Betrag von 69 682,87 Kronen aufbringen mußten.

An wichtigen Unterstützungsausgaben sind zu nennen: 216 584 Kronen für Arbeitslosenunterstützung, 7483 Kronen für Reiseunterstützung, 144 950 Kronen für Krankenunterstützung, 8093 Kronen für Umzugskosten, 10 680 Kronen für Reservistenunterstützung.

Die Auflage des „Holzarbeiters" betrug am Schluß des Jahres 23 800, des „Drevodelnik" 10 500 Exemplare. Das am 12. Januar 1908 zum erstenmal erschienene polnische Fachblatt „Robotnik Drewny" hatte am Schluß des Jahres eine Auflage von 1600 Exemplaren. Um die aufgelaufenen Herstellungskosten dieses Blattes zu decken, mußte der „Holzarbeiter" einen Zuschuß von 450,23 Kronen leisten.

Eine fette Pleite. Wir lesen in der „Post": Die vor kurzer Zeit in Vermögensverfall geratene bedeutende Möbelfirma Heinze u. Co., Priebus, hatte sich an ihre Gläubiger gewandt und um Zahlungsaufschub bezw. Bewilligung ihres Akkordvorschlages gebeten. Da dieser abgelehnt wurde, geriet die Firma in Konkurs. Nunmehr sind die Grundstücke und Aktiva der Firma zur Verwertung gelangt. Hierbei entstanden derartig große Ausfälle, daß an die Gläubiger, welche nicht bevorrechtigt sind, eine Quote von nur 0,03 Proz. verteilt werden kann. (Das heißt auf 100 Mk. Forderungen gelangen 3 Pf. zur Auszahlung.) Dieses über Erwarten ungünstige Ergebnis der Insolvenz hat die Lieferantenkreise um so unangenehmer berührt, als dieselben zum Teil mit hohen Beiträgen engagiert sind.

Berliner Holzkontor. Die Gesellschaft bringt für das Jahr 1908 eine Dividende von 2 Proz. gegen 5 Proz. für 1907 in Vorschlag. Die „Berliner Volkszeitung" schreibt hierzu: Dieser Rückgang bedeutet keine sonderliche Ueberraschung, nachdem kürzlich erst die Verwaltung erklärt hatte, an die Verteilung einer Dividende in der Höhe des Vorjahres könne „bei weitem nicht" gedacht werden. Außer der allgemein schlechten Konjunktur im Holzgeschäft ist, wie wir hören, das Minderergebnis zum Teil auch durch Verluste entstanden, die die Gesellschaft am Baumarkt erlitten hat. Ueber die augenblickliche Geschäftslage wird uns berichtet, daß infolge der politischen Beunruhigung die Situation am Baumarkte noch immer wenig günstig sei, und jede Unternehmungslust fehle. Auch die schlechten Schiffahrtsverhältnisse, vor allem in Danzig, wo seit Ende des vorigen Jahres große Vorräte an Holz durch das Einfrieren des Hafens festliegen, beeinträchtigen den Geschäftsgang.

Holz- und Bauindustrie Ernst Hildebrandt Aktiengesellschaft in Königsberg i. Pr. Der Aufsichtsrat beschloß bei üblichen Abschreibungen eine Dividende von 3 Proz. (im Vorjahre 5 Proz.) vorzuschlagen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 1 350 000 Mk.

Gewerkschaftliches.

Bericht des Ausschusses des christlichen Gesamtverbandes für 1908.

In Nr. 5 des „Zentralblatt" wird soeben der Bericht der Leitung der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1908 veröffentlicht. Eingangs des Berichts wird zu verschiedenen Tagesfragen, die im Berichtsjahre die christlichen Gemüter erregten, Stellung genommen. Es sei nur eine Aeußerung des Berichterstatters hier wiedergegeben; in dem Streit zwischen christlichen und katholischen Gewerkschaften, der aus Anlaß der internationalen christlichen Konferenz und des Auftretens der Bischöfe gegen dieselbe entstand, habe die Verselbständigung der christlichen Gewerkschaften eine bedeutende Förderung erfahren. Das hätte man nach den weinerlichen Erklärungen der christlichen Gewerkschaftsführer kaum erwarten sollen.

Bemerkenswert ist, daß von der Gewerkschaftsleitung im Berichtsjahr wie im Jahr vorher zur Weiterbildung der Gewerkschaftsangestellten 14tägige Kurse abgehalten wurden.

Gegenwärtig unterhält der Gesamtverband fünf Bezirkssekretariate, und zwar in Hamburg für Norddeutschland, in Erfurt für Mitteldeutschland, in Breslau für Schlesien, in München für Bayern, und in Stuttgart für Südwestdeutschland. Letzteres Sekretariat wurde erst im Berichtsjahr errichtet.

Neue Organisationen gliederten sich im Berichtsjahr zwei dem Gesamtverband an, die Mayener Berufsvereinigung der Steinarbeiter und der neugegründete Zentralverband der deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Sitz Elberfeld).

Die Einnahmen des Gesamtverbandes bezifferten sich auf 101 343 Mk., darunter 45 128 Mk. an Beiträgen. Dem standen 83 307 Mk. an Ausgaben gegenüber. Von den Ausgaben sind zu nennen 12 455 Mk. für das Zentralblatt, 5700 Mk. für das polnische, 3157 Mk. für das italienische Organ, 9802 Mk. für das Generalsekretariat, 21 327 Mk. für Agitation und Unterhalt der Bezirkssekretariate, 2369 Mark für den Beamtenfortbildungskursus.

Der Lithographenverband hat im letzten Jahre bekanntlich eine Lehrlingsabteilung eingerichtet. Wie nun die „Graphische Presse" mitteilt, hat sich diese Einrichtung durchaus bewährt. Gehörten ihr doch am 1. März 1909, also ein Jahr nach ihrer Begründung, 3397 Mitglieder an. Davon lernten als Lithograph 967, Steindrucker 1715, Autograph 34, graphischer Zeichner 14, Chemigraph 269, Photograph 160, Retuscheur 87, Lichtdrucker 58, Kupferdrucker 25, Notendrucker 8, Formstecher 36, Tapetendrucker 24. Der Abteilung traten im Laufe des Jahres insgesamt 3660 Lehrlinge bei. Davon sind 24 wieder ausgetreten, 18 wegen Beitragsrest gestrichen, 3 gestorben, und 223 haben ausgelernt und sind dem Verbande als Vollmitglieder beigetreten. Wie kläglich sieht dagegen die Lehrlingsabteilung der Gelben aus, die es trotz der terroristischen Hilfsaktion der Unternehmer nur auf 671 Mitglieder gebracht hat!

Der Malerverband hielt vom 2. bis 6. März in Köln seinen Verbandstag ab. Den Hauptpunkt der Verhandlung bildete die Frage der Tarifverträge, über die in geschlossener Sitzung verhandelt wurde. Es wurde eine Resolution angenommen, worin die Haltung des Vorstandes auf dem Gebiete des Tarifwesens gebilligt wurde. Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, bei den Verhandlungen, die im Juli beginnen sollen, dahin zu wirken, daß möglichst alle Fragen, die das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, generell geregelt werden. Die endgültigen Resultate der Tarifverhandlungen sollen den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet werden. Ferner verhandelte die Generalversammlung über den Kampf gegen die Gefahren der Bleivergiftung. Es wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung fakultativ einzuführen. Mitglieder, die diese Unterstützung beziehen wollen, müssen jährlich 7 Mk. Extrabeitrag zahlen. Dafür erhalten sie nach einjähriger Mitgliedschaft eine Unterstützung von täglich 1 Mk. bis zur Höhe von 18 Mk. Mitglieder, die diese Unterstützung nicht beansprucht haben, können nach zweijähriger Mitgliedschaft die Unterstützung bis zur Höhe von 24 Mk. erhalten. Für die Berechtigung zum Bezug der Unterstützung wird nur die Mitgliedschaft vom 1. Januar 1909 an berücksichtigt. Mitglieder, die den Extrabeitrag in der vom Vorstand festgesetzten Zeit nicht bezahlt haben, verlieren das Recht auf die Unterstützung. Die Auszahlung beginnt am 1. Januar 1910 in den Wintermonaten Januar, Februar, November und Dezember und endigt am 1. März 1911. Anträge, wonach die besoldeten Ortsbeamten sich alljährlich oder alle zwei Jahre einer Neuwahl unterziehen sollen, wurden abgelehnt. Anträge auf Unterstützung für Mitglieder, die wegen Arbeitsruhe am 1. Mai gemaßregelt werden, wurden wegen der zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand schwebenden Verhandlungen abgelehnt.

Unternehmerbewegung.

Konzentration der Arbeitgeberverbände. Der Zusammenschluß von Arbeitgebervereinigungen zu großen Verbänden macht immer weitere Fortschritte. So hat jetzt der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seine Vereinigung mit dem Verbande der deutschen Tiefbauunternehmer in Aussicht genommen. Eine gemeinschaftliche Kommission legte bereits in mehrstündigen Verhandlungen die Grundzüge für die beabsichtigte Vereinigung fest.

Soziale Rechtspflege.

Christliche Krankenkassen.

☐ Die Mitglieder der Zwangskassen können ihre Beschwerden gegen die Kassenvorstände bei der Aufsichtsbehörde der Kasse anbringen und erhalten dann kostenlos und verhältnismäßig bald eine Entscheidung. Leider können sich viele Hilfskassen von dem veralteten System ihres Rechtsweges nicht trennen. Da bestimmt das Statut, daß die Beschwerde innerhalb einer Ausschlußfrist von zwei Wochen bei dem Ausschuß eingereicht werden muß.

Am allerschlauesten ist aber die „christliche" Krankenkasse: „Allgemeine Zentral-Kranken- und Sterbekasse der katholischen Männer- und Arbeitervereine Deutschlands zu Offenbach a. M. Aufgenommen werden nur Katholiken, die Mitglieder der katholischen Männer- oder Arbeitervereine sind, oder „in religiöser Hinsicht auf gläubigem und in politischer Hinsicht auf dem Boden der heutigen christlichen Gesellschaftsordnung stehen".

Und es ist auch nötig, daß die Mitglieder gläubig sind, denn es wird ihnen sehr viel zugemutet. Der Vorstand hat sich im § 12 dieses Statuts Blankovollmacht geben lassen und kann einfach die Beiträge anders gestalten, wenn die Einnahmen nicht ausreichen. Am allerschönsten ist aber jetzt der § 32 über den Rechtsweg im Streitfalle. Der Vorstand bestimmt, und das gläubige Mitglied kann dann innerhalb 14 Tagen, vom Tage der Zustellung des Beschlusses an gerechnet, Beschwerde bei dem Ausschuß einlegen.

Ein Mitglied hatte sich statt an den Ausschuß irrtümlich an das Bezirksamt mit der Beschwerde gewendet, weil es von der Zwangskasse aus diesen Rechtsweg gewöhnt war. Die Folge war, daß die Beschwerde wegen Fristversäumnis vom Kassenvorstand abgewiesen wurde, der auch den guten Glauben des Mitgliedes nicht gelten lassen will.

Ein anderes Kassenmitglied hat die Frist richtig gewahrt und seine Beschwerde sogar als Einschreibebrief an den Ausschuß abgehen lassen. Es erhielt aber zu seinem Erstaunen dann folgendes Schreiben:

„Ich kann jedoch nicht unterlassen, Sie auf § 32 (erster Nachtrag neue Fassung) aufmerksam zu machen, wonach der unterliegende Teil die Kosten derselben zu tragen hat, welche zirka 25 Mk. betragen. Laut Beschluß des Zentralvorstandes und des Ausschusses kann nicht eher eine Ausschußsitzung abgehalten werden, bis vom Beschwerdeführer der Betrag von 25 Mk. an mich eingesandt ist. Nach § 34 (erster Nachtrag des Statuts) sind wir berechtigt, dasselbe zu fordern, um die Kasse vor Schaden zu bewahren, denn gewöhnlich bleiben die Kosten der Ausschußsitzung an der Kasse hängen."

Vorsichtige Christen sind es doch. Da aber der arme Beschwerdeführer trotz seiner Gläubigkeit keine 25 Mk. in der Tasche hat, so kann er sein Recht nicht finden.

Jedenfalls ist es interessant, wie die Zentrumsgründungen in der Praxis arbeiten und welche Geduld die Mitglieder bewahren.

Die Ortskrankenkasse in Nippes war bisher die einzige im Stadtbezirk Köln, die sich noch in Händen der Christlichen befand. Als bei der letzten Neuwahl die Christen in der Minorität blieben, reichten sie einen Wahlprotest ein, dem stattgegeben werden mußte. Die Wahl war nämlich an einem Sonntag ausgeschrieben worden und fand am darauffolgenden Sonntag statt. Da jedoch eine Frist gesetzlich nie an einem Sonntag ablaufen darf, war im vorliegenden Fall die Frist nicht richtig gewahrt worden, und die Aufsichtsbehörde mußte die Wahl für ungültig erklären.

Das interessante an diesem Fall war aber, daß der Protest von demselben christlichen Kassenvorstand ausging, der die Wahl im Widerspruch mit den gesetzlichen Vorschriften ausgeschrieben hatte. Und die Vermutung dürfte wohl berechtigt sein, daß man in Vorahnung der kommenden Dinge gleich für einen Protestgrund gesorgt hatte. Diese christliche Schlauheit hatte aber nicht den erwarteten Erfolg. Bei der wiederholten Wahl holten sich die Christen eine noch stärkere Niederlage. Während bei der ersten Wahl die freien Gewerkschaften mit 656 Stimmen über 598 christliche Stimmen siegten, steigerten sich die freigewerkschaftlichen Stimmen bei der zweiten Wahl auf 793, während es die Christen nur auf 686 brachten. Für die Christen ist diese Niederlage im heiligen Köln in Anbetracht der begleitenden Umstände doppelt bitter.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ist der Deutsche Holzarbeiterverband eine Versicherungsanstalt?

Diese Frage ist von den Gerichten längst in verneinendem Sinne entschieden. Bekanntlich war es eine Zeitlang ein sehr beliebtes Mittel, dessen sich die Behörden zur Schikanierung der Gewerkschaften bedienten, daß sie dieselben als Versicherungsanstalten ansahen, und ihnen demgemäß aufgaben, die obrigkeitliche Genehmigung als Versicherungsanstalten einzuholen, die sie natürlich nie erhalten hätten. Um diesen Schikanen die Spitze abzubrechen, hat man dann in die Statuten eine Bestimmung aufgenommen, nach welcher die im Statut vorgesehenen Unterstützungen gewährt werden können. Ein klagbares Recht steht also den Mitgliedern nicht zu. Tatsächlich ist es aber noch nie vorgekommen, daß einem Mitgliede auf Grund dieser Bestimmung eine Unterstützung verweigert wurde, wenn sonst die statutarischen Voraussetzungen für den Bezug erfüllt waren.

Der Deutsche Holzarbeiterverband ist also keine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes, und keine Krankenkasse ist berechtigt, die vom Verbande gewährte Krankenunterstützung auf das von ihr zu zahlende Krankengeld anzurechnen und ebensowenig besteht für die Verbandsmitglieder eine Verpflichtung, ihre Mitgliedschaft im Verband ihrer Krankenkasse anzuzeigen.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse in Senftenberg weiß das offenbar nicht, denn er hat Mitglieder unseres Verbandes mit einer Ordnungsstrafe belegt, weil sie es unterlassen haben, ihre Verbandszugehörigkeit bei der Kasse zu melden. Natürlich ließen sich das unsere Kollegen nicht gutwillig gefallen, und einer von ihnen erhob Beschwerde beim Magistrat als Aufsichtsbehörde. Hierauf ging ihm folgender merkwürdiger Bescheid zu:

Der Magistrat.
J.-Nr. 1510.

Senftenberg, 22. Februar 1909.

Auf Ihre Beschwerde gegen den Vorstand der hiesigen Ortskrankenkasse vom 15. d. M. um Auszahlung des Ihnen angeblich zustehenden vollen Krankengeldes erhalten Sie hiermit den Bescheid, daß nach den diesseits angestellten Ermittelungen für uns keine Veranlassung vorliegt, die beklagte Kasse zur Erfüllung des erhobenen Anspruchs zu veranlassen. Es wird von Ihnen selbst zugegeben, daß Sie einer anderen Arbeiterverbandskasse als Mitglied angehören. Soweit wir unterrichtet sind, bilden derartige Verbände auch gleichzeitig Krankenunterstützungskassen und es bestand hiernach für Sie die Pflicht, von Ihrer Zugehörigkeit der beklagten Krankenkasse rechtzeitig Anzeige zu erstatten; da Sie solches nun unterlassen haben, ist der Kassenvorstand berechtigt gewesen, über Sie gemäß § 18 des Kassenstatuts eine Ordnungsstrafe zu verhängen. Diese mit 3,60 Mk. ist sehr gering bemessen. Die verwirkte Strafe konnte auf das Krankengeld angerechnet werden. Diese von uns getroffene Entscheidung ist in Gemäßheit des § 76 des Krankenversicherungsgesetzes endgültig.

An den Tischlergesellen
Herrn A. . . R. . . J. V.
Hier. (Unterschrift unleserlich.)

Der letzte Satz dieser Entscheidung wäre richtig, wenn die Mitglieder mit dem Eintritt in den Verband ein Versicherungsverhältnis eingingen, aus welchem ihnen Ansprüche auf Krankenunterstützung zustehen. Ein rechtlicher und klagbarer Anspruch steht aber den Mitgliedern, wie wir oben ausgeführt haben, nicht zu. Wenn sich der Magistrat von Senftenberg die Mühe genommen hätte, die tatsächlichen Verhältnisse zu untersuchen, statt sich auf seine offenbar recht mangelhafte Kenntnis der Dinge zu verlassen, dann wäre es ihm erspart geblieben, eine Entscheidung umgestoßen zu sehen, die er als endgültig bezeichnet hat. Selbstverständlich sind die notwendigen Schritte eingeleitet worden, um dem Magistrat von Senftenberg von autoritativer Seite die notwendige Belehrung zukommen zu lassen.

Es wäre ja auch noch schöner, wenn man die eben erst durch das Vereinsgesetz beseitigte Meldepflicht der Gewerkschaftsmitglieder auf solchen Umwegen wieder einführen wollte. Das kuriose Verlangen des Ortskrankenkassenvorstandes läßt darauf schließen, daß dort die Unternehmer und die Sachwalter der Unternehmerinteressen die erste Geige spielen und diesen Herren könnte es so passen,

wenn ihnen auf solche Weise die Möglichkeit geboten würde, die Mitgliederliste des Verbandes zu kontrollieren. Solchen Gelüsten muß energisch ein Riegel vorgeschoben werden.

Technisches.

Der Jahresbericht der bekannten **Süddeutschen Schreiner-Fachschule zu Nürnberg** weist auch im verflossenen 6. Schuljahr eine günstige Besuchsziffer auf. Der Unterricht erstreckte sich hauptsächlich auf zeichnerische Fächer und trägt hierbei vollständig persönlichen Charakter, so daß jeder Schüler die Ausbildung erhält, die er braucht und sucht. Es haben deshalb alle Absolventen eine gewisse abgeschlossene Ausbildung aufzuweisen. Außerdem wurde Unterricht in Buchführung, Wechsellehre, kaufmännisch und Fachrechnen, Kalkulation, Stilkunde und Holzfärbetechnik erteilt. Neu im letzten Schuljahre war die Unterweisung im Oxydieren und Färben der Beschläge. Die Leistungen und Bestrebungen der Anstalt wurden von verschiedenen Behörden, Korporationen und Privatstiftungen dadurch anerkannt und gefördert, daß einer Anzahl von Schülern Beihilfe im Gesamtbetrage von 3160 Mk. gewährt wurde. Von großem fachwissenschaftlichen Interesse waren die Besichtigungen mehrerer industrieller Etablissements.

Eingesandt.

Zur Statistik der Maschinenarbeiter.

Die Ablehnung einer Statistik in unserer Branche vom Hauptvorstand hat uns Münchener Kollegen groß enttäuscht. Wir können mit der Meinung des Hauptvorstandes, daß wir den Wert einer solchen Statistik verkennen würden, nicht übereinstimmen. Im Gegenteil, wir wissen ganz gut, welche Arbeit, Mühe und Zeit solche Statistiken verursachen, führen wir doch in unserer Sektion solche Statistiken regelmäßig seit fast einem Jahrzehnt, wir können auch beweisen, daß sie in unserem Lohn- und Arbeitsverhältnis gute Früchte gebracht haben. Wir sind der Ansicht, daß eine Statistik über Lohn-, hygienische und sanitäre Verhältnisse der Maschinenarbeiterbranche in ganz Deutschland uns von großem Vorteil für die Zukunft sei. Wir sagen uns, es würde ein Bild geben, von dem wir überzeugt sind, daß auch der Hauptvorstand zurückschrecken würde, welche großen Mißstände noch in den Werkstätten und Fabriken in unserer Branche zurzeit vorherrschend sind. Aus diesem Grunde können wir nicht begreifen, warum uns der Hauptvorstand mit seiner kurzen und schwachen Begründung das Gesuch der Maschinenarbeiter verweigert. Hat doch die Sektion Stuttgart mit unserer Zustimmung das Gesuch an ihn gestellt. Sollten vielleicht die von uns angeführten Gründe, daß eine solche aufgenommene Statistik den Hauptvorstand überzeugen könnte, und die Maschinenarbeiter in Zukunft berechtigt wären, größere Anforderungen an ihn zu stellen, die mit materiellen Kosten verbunden wären, die Ablehnung verursacht haben? Die Ausgaben, welche die Statistik verursachen würde, sollten doch keine Rolle spielen! Oder meint der Hauptvorstand, daß die Maschinenarbeiter nicht so viel Intelligenz besitzen, daß sie die Anforderung des gestellten Gesuches zu würdigen verstehen? Wir Münchener Kollegen legen großen Wert auf die Vorteile einer solchen Statistik, die uns das nötige Beweismaterial liefert, wie weit der Schutz der Arbeiter an den Maschinen zurzeit besteht. Es sollte uns eine Handhabe bieten gegenüber der Fabrikinspektion und den Berufsgenossenschaften, um sie zu erweiterten Schutzmaßnahmen anzuregen. Um dieses zu erreichen, sollte uns nichts abhalten, trotz Ablehnung des Hauptvorstandes, daß wir zur Selbsthilfe greifen und durch gegenseitige Aussprachen und Aufklärung die Sache selbst in die Hand nehmen. Wir schlagen darum vor, an allen Orten, wo Sektionen und Korporationen von Maschinenarbeitern bestehen, im heurigen Jahr eine Statistik aufzunehmen. Zur Einleitung der nötigen Schritte sind wir der Meinung, wird am besten die Sektion Stuttgart beauftragt. Die Kosten glauben wir gemeinsam tragen zu können, indem dieselben sich nicht so hoch belaufen würden, wenn wir unser Verbandsorgan zum Aufklärungsdienst heranziehen. Diesen unseren Vorschlag möchten wir bitten, daß sich die Kollegen aller Orte darüber aussprechen, um ein klares Bild zu gewinnen über Aufnahme einer solchen Statistik, die nur zum Nutzen der gesamten Maschinenarbeiter Deutschlands sein kann.

Sektion der Maschinenarbeiter München.
Joh. Schlotzbaum, Vorsitzender.

Literarisches.

L. B. Boudin: Das theoretische System von Karl Marx. Aus dem Englischen übersetzt von Luise Kautsky. Mit einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Karl Kautsky. XX und 278 Seiten. (Band 46 der Internationalen Bibliothek.) Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3,— Mk. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.

Die vorliegende Schrift war bestimmt, das englisch sprechende Publikum über das Wesen des Marxismus und der an ihm geübten Kritik aufzuklären. „Als eine deutsche Uebersetzung fertiggestellt wurde," schreibt Karl Kautsky in der Vorrede, „habe ich sie freudig begrüßt. . . . Eine zusammenfassende Darstellung, die die springenden Punkte des Marxschen Systems kurz entwickelt und im Anschluß daran die wichtigsten Einwände der hervorragendsten seiner neueren Kritiker untersucht, wird vielen als Einführung in das Studium der Marxkritik und des Marxismus selbst willkommen sein."

E. Mehlich: Gemeinde und Alkohol. 1. bis 5. Tausend. 52 Seiten Oktavformat. Preis 25 Pf. In besserer Ausstattung 1 Mk. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Joh. Michaelis, Berlin O. 17, Langestr. 11.

Briefkasten.

Göppingen. Anonyme, nicht unterzeichnete und nicht unterstempelte Berichte wandern in den Papierkorb. Das ist denn auch mit Eurem Bericht geschehen.

Michelstadt. J. R. Ueber Agitationstouren wird im Zusammenhang berichtet. Deshalb sehen wir von der Veröffentlichung Eures Berichtes ab.

Versammlungs-Anzeiger.

Gerolbsgrün. Die Mitgliederversammlungen finden statt jeden ersten Samstag im Monat, abends 7½ Uhr, bei Kollege Götz.

Anzeigen.

Altbling, Ob.-Bayern. Unser Verkehrslokal befindet sich von jetzt ab bei Alois Krämer, Gasthaus zum „Grünen Baum", Lindenstr. Daselbst Auszahlung der Reiseunterstützung.

Bremen. Der Arbeitsnachweis für Stellmacher, Korbmacher und Modelltischler ist auf auf dem Bureau Faulenstr. 58—60 von 11—1 und 5—8. Ohne Arbeitskarte kann niemand anfangen.

Dinkelsbühl. Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt von jetzt ab nur abends von 6—7 Uhr.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet 6½—7½ Uhr abends. Umschauen streng verboten.

Steinheim a. d. Murr. Unser Verkehrslokal und die Herberge befinden sich im „Gasthaus zur Sonne". Reiseunterstützung zahlt der Kassierer Huber, Friedrichstr. mittags von 12—1 Uhr und abends von 7—8 Uhr. Umschauen ist zu unterlassen.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eilner, Schwalbacherstraße 71. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Wiesbaden!

Das Bureau unserer Zahlstelle befindet sich vom 1. April ab Hermannstraße N. 22 pt.

Die Lokalverwaltung.

Gau Hannover.

Die Adresse des Gaubureaus lautet ab 29. März d. J.: **Fr. Woltmann, Hannover, Bergstr. 91,** Teleph.-Nr. 5643. Daselbst auch das Bureau der Zahlstelle Hannover.

Friedrich Bangardt sende deine Adresse an **Hermann Flühe,** Tischler, in **Gaunitz** bei Oschatz, Sachsen.

Wenzel Mach, Buchn. 186922 vom Verband der Holzarbeiter Oesterreichs, hat sich in der Zahlstelle Garmisch durch eine gefälschte Karte eine größere Unterstützung erschwindelt. Wir ersuchen, ihm keine Unterstützung auszuzahlen und seine Adresse zu senden an **Jos. Ehrlich, Partenkirchen,** Ob.-Bayern, Bahnhofbäckerei.

Wilhelm Merz, Tischler, Buchn. 317872, geb. 8. Aug. 1884 zu Hardhausen, wird aufgefordert, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Nowawes nachzukommen. Er ist von hier nach Nürnberg gereist. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen die Adresse mitteilen an **Karl Krohnberg,** Tischler, **Nowawes,** Wilhelmstr. 57 III.

Jakob Karst aus Mainz, sende deine Adresse sofort an deinen Bruder Heinrich, wegen Sterbefall der Mutter. Die Kollegen werden ersucht, ihm dasselbe mitzuteilen.

Gustav Dawideit, Tischler, geb. zu Elbing, sende deine Adresse an dein. Brud. **Max Dawideit,** Essen-Ruhr, Feldstr. 71 II.

Möbelfabrik, Genossenschaft m. b. H., in einer schlesischen Gebirgsstadt sucht mehrere **Tischler,** erste Kräfte, als Teilhaber. Einlage 1000 Mk. Günstiges Absatzgebiet. Bewerbungen unter **H. O. 145** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Jüngerer **Tischler** für Bau und Möbel gesucht. **Wilh. Wolter, Dassel a. Solling,** Hannover.

Tüchtige Stuhlbauer finden dauernde Beschäftigung. **Georg Hirschwald,** Möbelfabrik, **Weimar i. Thüring.**

Ein tüchtiger Polierer, ehrlich, zuverlässig und fleißig, welcher schon auf Gardinenrosetten gearbeitet hat, bei gutem Lohn sofort gesucht. **Oskar Bauer,** Holzwarenfabrik, **Bischofswerda i. Sa.**

Tüchtige Stuhlbauer für lohnende und dauernde Beschäftigung gesucht. **H. Fritsche & Co.,** Luxusmöbelfabrik, **Liegnitz.**

Ein tüchtiger **Stuhlmacher** für Mahagoniarbeit zu sofort gesucht. **Dörchwald, Schwerin i. Mecklenb.** Waisenstr. 3.

Suche sofort 2 tüchtige **Stellmachergesellen** auf Presch- und Federwagenbau. Dauernde Arbeit. **Otto Britting,** Wagenbauerei, **Litzen,** Provinz Sachsen.

Ein selbständiger durchaus bewanderter **Stockarbeiter** wird per sofort gesucht. Offerte mit Gehaltsansprüche an **Gebr. Marschall,** Süddeutsche Stockfabrik, **Mannheim.**

Korbmacher auf Peddig-Möbel verlangt. Näheres im Bureau der Zahlstelle **Brandenburg a. H., Neust. Markt 2.**

Ein **Korbmachergeselle** auf eckige Waschkörbe gesucht. Lohn nach Uebereinkunft. Kost und Logis auf Wunsch im Hause. **Ernst Lange, Neusalz a. Oder,** Kleine Gasse 13.

Gesucht 2 tüchtige **Korbmacher** auf Ballonkörbe. **Karl Dölz sen., Burgsteinmen,** Station Popenburg, Hannover.

Tüchtiger **Korbmacher** wird sofort gesucht. **Kaspar Kayser,** Korbgeschäft, **Nürnberg,** Flötzerstr. 10a.

Ein junger **Korbmachergehilfe** auf großgeschlagene Arbeit gesucht. **Alb. Pannecke,** Korbmachermeister, **Calbe a. Saale.**

2 junge **Korbmacher** auf Matt und Geschlagen bei hohem Lohn sofort gesucht. **Karl Kretschmer, Zittau,** Sachsen, Löbauerstr. 70.

Korbmacher gesucht.

3—4 tüchtige Korbmacher auf feinste Gestellarbeit (Peddigmöbel) auf sofort für dauernde Stellung, wegen Geschäftvergrößerung. **Gebr. Stolle, Bremen.**

Ein **Korbmachergehilfe** auf großes Weißgeschlagenes wird sofort gesucht. Ausdauernde, gutbezahlte Arbeit. **H. Mühlberg, Mittweida,** Sachsen.

Suche auf sofort einen **Bürstenmachergehilfen,** der schon auf Rundscheiben gearbeitet hat. **A. Friedrich,** Bürstenfabrik, **Solingen.**

2 junge **Bürstenmacher** auf Pechen und Zurichten sofort gesucht. **F. C. Nuppenau,** Bürstenfabrik, **Bargteheide** in Holstein.

Korbwarengeschäft-Verkauf.

Wegen eines anderen Unternehmen halber verkaufe mein gutgehend. Korbwarengeschäft, selbiges ist das einzige Geschäft dieser Branche in einer Gemeinde von 12 000 Einw. Werte Offert. unt. **R. M. 146** a. d. Exped. d. Zeitung.

Modelltischler.

Wichtige Tabellen, u. a. enth. Schwindmaße, Sehnenberechnungen, Kreisumfänge usw. versendet für 30 Pf. in Briefmarken oder per Nachnahme. **A. Stephan, Hamburg,** Vereinsstr. 7.

Hobelbänke

fabriziert als Spezialität und gibt billig ab **H. Gorlt,** Werkzeugtischlerei, Inh. **Marie Gorlt, Liegnitz,** Carthausstr. 60. Preisliste und Anerkennungen franko.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 30 Jahren **Jean Holze & Co.,** Hamburg, Sedanstraße 70.

Viele 1000e verdanken ihr ausgezeichnetes Wissen und Können, ihre sichere einträgliche Lebensstellung einzig dem Studium der weltbekannten Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Von der **Bauschreinerschule, Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule** liefern wir Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst. **Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.**

Laubsägerei Zur **Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei** liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.** Reichhalt. Katalog gratis u. franko. **Laubsägeholz** pr. Quadratmtr. von 1 Mark an.

Größte deutsche **Tischler-Fachschule Detmold** Rew. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfehle: Die Stillehre f. Tischler, mit üb. 100 Abbild. aller Stilarten. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg Kreislehrw. 1. Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Maibaum.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik **Hamburg 23**

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

:: :: **eine sofortige Porenfüllung** :: ::

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**

erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes,

vermeidet Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:

1 Flasche	Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 „	Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 „	Patent-Politur zum Reinpolieren
1 „	allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Auszieben von Kehlleisten usw.
1 „	allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 „	Schleif- und Polieröl, gelblich
1 Dose	Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol"
1 „	Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono"
1 „	Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tube	Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück	Korkschleifklotz, 120×75×30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, **eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.** Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. **Preis Mk. 1.50.** Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für **alle Männer der Werkstatt,** behandelt die **Konstruktionen, Werkzeuge,** das **Material** und **alle Arbeitsgebiete** der Holzindustrie in **volkstümlicher Form.** Abonnement: **Jährlich 12 Nummern 3 Mark.**

Verlag von Theodor Leipart in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.